

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 2.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechs tägliche Anzeigen
je Zeile über dem Raum 10 Pf. für
die erste und gewöhnliche Anzeigen

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 18. März 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Russische Durchbruchversuche überall abgeschlagen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 17. März. (B. Z. B.) Militärischer Bericht
vom Dienstag 11 Uhr abends. In der Nacht vom
15. zum 16. versuchte der Feind die Schützengräben wieder zu
nehmen, welche er auf der Höhe von Notre Dame de
Lorette verloren hatte.

Eine Erklärung Kitcheners über
die Kriegslage.

London, 17. März. (B. Z. B.) Oberhaus. Lord Kitchener
gab eine Erklärung über den Krieg ab, in der er sagte: Die
jüngsten Berichte über die Kämpfe in Frankreich geben uns Gelegen-
heit zu würdigen, wie erfolgreich unsere Truppen die Offensive
aufgenommen haben.

Der unterirdische Krieg.

Paris, 17. März. (Z. H.) Ueber den Sappentrieg, der seit ver-
schiebenen Monaten in der Umgegend des Pächhofes „Gernie
d'Algen“ östlich von Reims im Gange ist, meldet ein offizieller Ber-
richt interessante Einzelheiten: Auf beiden Seiten geht das Graben
von Minengängen und Gegenminen unaufhörlich fort, bis zum
Augenblick, wo die Mine zur Explosion kommt.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
17. März 1915. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Kampf um die Bergnase am Südhang
der Loretto-Höhe nordwestlich von Arras wurde
zu unseren Gunsten entschieden.

In der Champagne westlich von Perthes und
nördlich von Le Mesnil griffen die Franzosen
tagsüber mehrere Male erfolglos an. Am Abend
setzten sie nördlich von Le Mesnil zu neuen An-
griffen mit stärkeren Kräften an, der Kampf ist
noch im Gange.

In den Argonnen sind die Gefechte noch nicht
beendet. Vom Hange südwestlich von Vauquois,
östlich der Argonnen, wurden die Franzosen, die
sich dort vorübergehend eingenistet hatten, her-
untergeworfen.

Im Priesterwalde nordwestlich von Pont-
a-Mousson scheiterten zwei französische Angriffe.
In den Vogesen fand nur Artilleriekampf
statt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Schwache russische Vorstöße auf Tauroggen
und Laugszarden wurden abgewiesen.

Zwischen Szka und Orzyc wurden russische
Durchbruchversuche zurückgeschlagen.

Südlich der Weichsel hat sich nichts ver-
ändert. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 17. März. (B. Z. B.) Amtlich wird verlaut-
bart: 17. März 1915, mittags:

In Russisch-Polen und Westgalizien wurden
auch gestern vereinzelte Angriffe des Feindes abgewiesen.

An der Karpatenfront keine wesentlichen Ereig-
nisse. In der Gegend bei Wyzkow versuchten feindliche Ab-
teilungen durch wiederholte Vorstöße während der Nacht die von
unseren Truppen genommenen Stellungen zurückzugewinnen.
Die Angriffe scheiterten durchweg.

Südlich des Dneistr wird stellenweise gelämpft.
Die Situation hat sich nicht geändert. Ein Vorstoß feindlicher
Infanterie auf das südliche Pruthufer östlich Czernowik
wurde in unserem Feuer bald zum Scheitern gebracht.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Verschleppung von deutschen Beamtenfrauen
als Geiseln.

Basel, 17. März. (B. Z. B.) Die „Basler Nachrichten“ melden
Die Franzosen führen in den von ihnen besetzten Gebieten
neuerdings Personen als Geiseln fort. Hauptächlich
sind Beamtenfrauen die Opfer dieses Vorgehens. Es handelt
sich nicht etwa um Leute, die in gefährdeten Zonen des Kampf-
gebietes wohnen. In der letzten Woche des Februar schleppte man
aus dem hinteren Teile des St. Martin-Tales und des Naas-
Münstertales eine Anzahl von Beamtenfrauen als Geiseln nach
Besançon in Gefangenschaft.

Die nichteuropäischen Hilfstruppen außer
Aktion?

Mailand, 17. März. Dem „Secolo“ zufolge sind die fremden
Truppen der Alliierten von der Front an die französische Südtüste
gedrückt worden, weil sie stark unter der Hitze litten. So ist an der
Niviera ein Heer von 200 000 Australiern, Senegalesen und
Indiern versammelt, um den Frühling abzuwarten und dann in
Aktion zu treten.

Am 18. März 1915.

Eine Betrachtung von Ed. Bernstein, M. d. R.

Zum erstenmal, seit die deutsche Sozialdemokratie den
18. März als den Gedenktag der demokratischen Volks-
erhebungen begeht, findet dieser Tag das deutsche Volk in
einen großen Krieg verwickelt.

Wohl war im Jahre 1871 am gleichen Datum der zwi-
schen Deutschland und Frankreich geführte Krieg noch nicht
durch endgültigen Friedensschluß formell abgeschlossen. Aber
tatsächlich ruhten schon die Waffen, standen sich Deutsche und
Franzosen nicht mehr im Felde als Feinde gegenüber.

Deute aber tobt noch mit unverminderter Gemüht der
Weltkrieg. Es ist eine fürchterliche Vorstellung für uns, daß
der 18. März 1915 an den verschiedensten Stellen deutsche
Arbeiter im blutigen Kampf mit französischen, englischen,
russischen Arbeitern findet.

Es genug ist von sozialdemokratischer Seite auch von
der Tribüne des Reichstags herab es ausgesprochen
worden, daß das Betrüben und die imperialistischen Ver-
strebungen des großen Kapitals die Böker eines Tages in
einen Weltkrieg von nie dagewesenem Umfang hineinreißen
würden. Und nun das Verfündete Ereignis geworden ist,
wraucht sich unser Gefühl dagegen, es zu fassen. Wir sehen
die Tatsache, wir bringen ihr Opfer über Opfer, und fragen
dann in dem Gedanken an die vielen in den jenseitigen Lagern,
die für gleiche Ziele mit uns erglühn: Wie ist es nur
möglich? Wie kann es denn nur sein?

In ganz andere Kämpfe haben wir in den Vorjahren
gedacht, wenn wir den 18. März feierten. In Kämpfe, die
nicht mehr in der alten Form der Vorkriegskämpfe von 1848
und 1871 zu führen waren. In Kämpfe in humaneren
Formen, mit den politischen Waffen einer entwickelteren
Kultur. Aber an Kämpfe, die vom gleichen Geist getragen
waren, wie er die Streiter der Februar- und Märzlage des
Jahres 1848 und die Kämpfer der Partier-Kommune des
Jahres 1871 befehlte. In Kämpfe für die politische Freiheit
und Gleichheit, an Kämpfe für die soziale Befreiung aller
Länder. Wir gedachten der großen Ziele, für welche die
Klassenbewußten Arbeiter allerorts erglühn, der Bande
materieller und geistiger Solidarität, welche die Arbeiterklasse
der ganzen Welt und die zu ihm stehenden Sozialisten aus
anderen Gesellschaftsklassen zur großen einheitlichen Inter-
nationalen der Arbeit verbanden.

Dürfen wir heute noch in gleichen Gedanken uns
ergehen?

Wir dürfen es, und wir sollen es. Denn ein Krieg, wie
der gegenwärtige, so verheerend er ist, läßt viel mehr an
Gefolge haben mag. Und doch immer nur eine Episode in der
Geschichte der Menschheit sein. Er kann die Kulturmenschen-
heit nicht auf jene Stufe zurückwerfen, wo Krieg von Volk-
stamm gegen Volkstamm der Normalzustand des Paternis-
ten Völkerschaften war. Der Tag wird kommen, wo dieser
blutige Kampf ein Ende haben wird und die Völker
Europas bemüht sein werden, in friedlicher Arbeit das
zu erziehen, was der Krieg zerstört hat. Dieses Werk, das
von der Arbeiterseite aus betrachtet, Kampf heißt für
Gleichberechtigung auf allen Gebieten des sozialen Lebens,
Kampf für die Verwirklichung der allumfassenden Soli-
dariat, welche die Menschen zu den wahren Getreuen ihres
Geschicks macht, die Arbeit an diesem Werk bleibt das große
Lebenselement der Kulturmenschenheit. Ein Kampf, der unter-
brochen, aber nie auf lange Zeit ausgelöscht werden kann.
Zu stark sind die materiellen und geistigen Kräfte, die ihn
erzeugen, in der Wirtschaft und der sozialen Verfassung der
Völker der Kulturwelt verankert.

Wohl scheinen heute Kassenfragen und nationale Ab-
sichten den großen sozialen Kulturkampf der Menschheit zu
überwuchern. Interessierte und von den Schlagworten des
Tages gefangen genommene Schriftsteller und Redner wissen
heute nur von ihnen zu predigen. Sie wollen uns glauben
machen, die Klassenkämpfe seien bestimmt, ewig die Welt-
heitsgeschichte auszufüllen, und die Nation sei das höchste
Prinzip der Organisation der Völker. Aber sie werden nicht
immer das Ohr der Massen haben. Der Klassenkampf, von
dem sie uns erzählen, und diese Art der Auffassung der
Nationen sind nur Zeichen der Rückständigkeit unseres alten
Europa.

Und das Geschwäg über die Gefahr des Eindringens des
Leutonen oder des Kelten, wovon wir soviel hören, schrieb
in der „New York Times“ vom 18. Oktober 1914 einer der
angesehensten Gelehrten der Vereinigten Staaten von
Amerika, Professor Warren Butler, Präsident der
Columbia-Universität, ist keiner ernsthaften Beachtung wert.
man konnte mit ebenso großer Berechtigung von der Ge-
fahr der Rothhaaren oder der Sechshundertredner reden. Die
Welt habe keine Gefahr vom Kelten, dem Leutonen, dem

Nesten oder irgendeiner anderen Rasse zu gewärtigen, sobald nur die diesen Rassen angehörige Leute die Möglichkeit haben, als soziale und ökonomische Einheiten sich zu entwickeln.

Die Vereinigten Staaten sind nach Butler Beweis dafür, daß die meisten Behauptungen der Europäer hinsichtlich der Rassengegensätze wenig begründet seien. „Wir haben gezeigt“, schreibt er, „daß jene Rassengegensätze nicht notwendig die Ursache andauernden Hasses und von Ausreden für Kriege zu werden brauchen.“ Der Verbindungsstrich, der die Abstammung der neu Eingewanderten anzeigt, strebe aus der Ausdrucksweise der Amerikaner zu verschwinden. Der Deutsch-Amerikaner, der Italo-Amerikaner, der Irish-Amerikaner, sie alle werden einfache Amerikaner. „Darin ist eine Lehre zu finden, welche die Führer der öffentlichen Meinung in Europa wohl zu Herzen nehmen mögen, wenn dieser Krieg sein Ende findet.“

Butler ist der festen Ueberzeugung, daß die Zukunft Europas in der Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa als eines freien Völkerbundes besteht. Aus den Ruinen, die der Krieg Europa verursacht, schießt er ein schöneres neues Leben erblickend. „Der ungeheure wirtschaftliche Verlust, den Europa erleidet, der jetzt schon fürchterlich ist und bald unberechenbar sein wird“, schreibt er, „werde die Gelegenheit geben, jenen Gedanken zur Geltung zu bringen.“ Und weiter: „Wenn dieser Krieg endet, werden die Zustände (in Europa) solche sein, daß ein neues schöpferisches Denken und eine neue Staatsmannkunst erforderlich sein werden. Dieser Krieg wird sich als die wirksamste Erziehung der 500 Millionen Menschen erweisen, die nur erdacht werden konnte, obwohl er das kostspieligste und fürchterlichste Mittel ist, das gewählt werden konnte.“

So der amerikanische Gelehrte. Vielleicht ist er darin zu optimistisch, daß er die Dinge schneller sich vollziehen sieht, als sie in Wirklichkeit sich entwickeln werden. Und doch können seine Worte heute, am 18. März, uns über das Trübe, das wir vor uns und um uns sehen, hinweg erheben und den Glauben von neuem in uns beleben an die Wahrheit des Zukunftsideals, das bis zum Ausbruch dieses Krieges unsere Herzen erfüllt hat. Es ist traurig, daran denken zu müssen, daß Europa als ein Ganzes geschwächt aus diesem Kampf hervorgeht, wie immer das Kräfteverhältnis seiner Großmächte zueinander sich gestalten mag. Wenn es sich aber schnell wieder erholen soll, dann wird es in der Tat manches von den Amerikanern zu lernen haben. Mit Genugtuung weisen die Amerikaner darauf hin, daß eine fast ungeheure, die verschiedenartigsten Bodengestaltungen aufweisende Grenze von rund 6000 — sage sechstausend — Kilometer Länge die Vereinigten Staaten von Kanada trennt und daß doch trotz mancher Streitfälle seit mehr als hundert Jahren Friede zwischen den beiden Staatswesen ununterbrochen gewaltet hat. Was drüben möglich war, soll und muß auch hier möglich sein, und es wird Tatsache sein, wenn die Völker die Lehren aus dem jetzigen Krieg gezogen haben werden.

Zu diesem Bewußtsein wollen wir heute die Erinnerung an die Volkskämpfe der Vergangenheit in unserem Geist an uns vorübergehen lassen. Andere Aufgaben hat die heutige Generation zu erfüllen, als die Zeit jener Erhebungen sie kannte. Aber ein Gedanke, der schon 1848 im Jahre des europäischen Völkerfrühlings die vorgeschrittenen Geister besetzte und der in den Märztagen 1871 schon die fortgeschrittenen Arbeiter der verschiedenen Länder erfüllte, muß auch heute unter Leitern bleiben. Von jenseits des Ozeans ruft ihn Butler in unser Gedächtnis, wenn er schreibt: „Als Joseph Chamberlain nach seiner Rückkehr von Südafrika seinen Feldzug einleitete, war sein Lösungswort: Verne imperialisitisch denken. Ja aber meine, unser Lösungswort soll sein: Verne international denken.“

So gibt uns mit dieser Barole der bürgerliche Gelehrte den Kompaß, mit dessen Hilfe wir das Schiff des Sozialismus unter Segeln aus dem Sturm herausführen werden, der uns heute umtobt.

## Der Seekrieg.

### Der Unterseebootkrieg.

London, 17. März. (B. L. B.) Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Der Dampfer „Simgal“ (1563 Tonnen) ist am Dienstag an der Küste von Northumberland torpediert worden und gesunken. Sechs Mann sind ungeschont. Der Dampfer „Atlantia“ (519 Tonnen) wurde am Sonntag an der Küste von Westirland torpediert, sank jedoch nicht.

Paris, 17. März. (B. L. B.) „Petit Parisien“ meldet aus Cherbourg: Der englische Dampfer „Abeniren“ wurde von einer französischen Torpedobootflotille vor Cherbourg als Braut treibend aufgefunden. Das Schiff, das von seiner Besatzung verlassen war, wurde nach notdürftiger Verstopfung verschiedener Lecks nach Cherbourg eingeschleppt.

Frankfurt a. M., 16. März. (B. L. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Der „Nieuwe Courant“ meldet: Auf der Insel Ameland im Norden Hollands ist ein Boot angepölpelt worden mit der Aufschrift „City of York“. Am Strande wurden ferner Säcke mit Mehl angepölpelt, die dieselbe Aufschrift tragen. Augenscheinlich handelt es sich hier um ein untergegangenes englisches Dampfsboot.

Dasselbe Blatt meldet aus London: Die „Times“ schlägt in einem durch besonderen Druck hervorgerufenen Artikel vor, künftig die Besatzung von in den Grund gehörten deutschen Unterseebooten nicht mehr zu retten, sondern als außerhalb der Kriegsgesetze stehend einfach ihrem Schicksal zu überlassen.

Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt aus Kristiania: Vor Drontheim treiben nunmehr auch Minen in großer Anzahl und haben unter den 1000 Fischern, die dort den Frühjahrsfang betreiben, die größte Angst hervorgerufen. Es handelt sich um englische Minen.

## Die Ueberlebenden der „Dresden“.

London, 17. März. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der britische Kreuzer „Drama“ ist in den Hafen von Salapariso mit den Ueberlebenden des gesunkenen deutschen Kreuzers „Dresden“ an Bord eingelaufen, von denen einige verwundet sind. Neunzehn Mann von der Besatzung der „Dresden“ werden vermisst. Drei sind tot.

## Die Tätigkeit der „Dresden“.

Mailand, 17. März. (B. L. B.) Der Londoner Vertreter der „Corriere della sera“ meldet: Die „Dresden“ fügte der englischen Handelsflotte für sechs einhalb Millionen Pfund Schaden zu und trieb zeitweise die Versicherungsprämien stark hoch. Nach südamerikanischen Meldungen hielt sich der Kreuzer sechs Wochen in einer Bucht der Insel Desolation am Westausgang der Magelhaenstrasse verborgen.

## Eine neue amerikanische Note an England?

Washington, 17. März. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Kabinett besprach ausführlich die britischen Maßregeln zur See. Man erwartet, daß Präsident Wilson nach der Konferenz mit dem Staatsdepartement eine Note an England richten wird. Der niederländische Gesandte sondierte das Staatsdepartement wiederum informell über die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion mit den Vereinigten Staaten, um eine günstigere Gestaltung und beschränkendere Bestimmungen der britischen Maßregeln zu erreichen.

## Der türkische Krieg.

### Der Kampf um die Dardanellen.

Paris, 16. März. (B. L. B.) „Echo de Paris“ meldet aus Athen über die Kämpfe an den Dardanellen: Der Kreuzer „Amethys“ stieß mit voller Kraft bis Ragara vor, wurde dabei aber von drei Granaten getroffen, welche das Schiff beschädigten, 28 Mann töteten und etwa 30 verletzten.

### Vorpostengefächte im Kaukasus.

Petersburg, 17. März. (B. L. B.) Der Generalstab der Kaukasusarmee meldet: Am 14. März fanden an der Front vereinzelte Vorpostengefächte statt. Unsere Truppen übten auf die türkische Linie einen erfolgreichen Druck aus.

### Halil Bei über die Kriegslage.

Budapest, 17. März. (B. L. B.) Halil Bei hat einen Mitarbeiter des „Az Est“ empfangen und sich ihm gegenüber über aktuelle Fragen geäußert. Er sagte: Die Belagerung der Dardanellen läßt uns in Konstantinopel und in der Türkei kalt. Wenn die feindliche Flotte nach Wägiger harter Belagerung nicht den geringsten Erfolg erzielt hat, so ist dies ein genügender Beweis dafür, daß die technische Ausrüstung und die oberste Leitung der Verteidigung ausgezeichnet ist und die Belagerung endgültig erfolglos bleiben wird. Bezüglich der Landkämpfe des türkischen Heeres sagte Halil: Die Armeen stehen jetzt etwa am Sarhlamisch. Die Kämpfe am Kaukasus haben viel an Intensität verloren, weil dauernder Schneefall die Bewegungen hindert und unter weiteres Vordringen unmöglich macht. Ueber die deutschen Offiziere befragt, sagte Halil: Die Deutschen arbeiten ausgezeichnet, wir bewundern ihre reiches Wissen und ihre große Gewissenhaftigkeit. Die wirtschaftliche Lage der Türkei ist gut, die Staatsfinanzen sind ausgezeichnet. Für eine Brotmenge von fünfviertel Kilogramm zahlen wir dreißig Centimes. Auch das gesellschaftliche Leben ist unverändert. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir schließlich siegen werden. Halil drückte schließlich den Verbündeten den Dank für die Unterstützung des roten Halbmondes aus.

## Amerika und Japan.

New York, 24. Februar 1915. (Fig. Ver.)

Soweit die Vereinigten Staaten in Betracht kommen, kann Japan ruhig mit seiner Politik der Unterjochung Chinas vorangehen. Zwar regen sich die Führer des Chauvinismus mächtig auf, aber die tonangebenden bürgerlichen Blätter versuchen, die japanische Frage so weit als möglich in den Hintergrund zu drängen. Das „big business“ (das große Geschäft) ist augenblicklich weit mehr an der Erhaltung der amerikanischen Finanz- und Industrie so günstigen europäischen Lage interessiert. Dazu kommt, daß die demokratische Administration sich nur sehr ungerne mit den Problemen der imperialistischen Politik befaßt und am liebsten derlei Dinge vertuschen oder auf die lange Bank schieben möchte. Ginge es nach den Wünschen vieler Demokraten, so würden die Vereinigten Staaten die Errungenschaften der imperialistischen Politik — wie die Philippinen — gleich morgen wieder losklopfen.

Und doch tritt die Beeinträchtigung der kapitalistischen Interessen Amerikas durch die japanische Politik in China ganz klar zutage. Die wirtschaftlichen und politischen Vorrechte, die Japan von dem „befreiten“ China fordert, beeinträchtigen die Politik der offenen Tür, wie sie im Jahre 1900 von dem Sekretär Hay dargelegt wurde und das Uebereinkommen, das im Jahre 1908 zwischen Amerika und Japan in bezug auf China getroffen wurde. In der damals den Vereinigten Staaten zugestellten Note, die von dem japanischen Vorkonsul in Washington Baron Takahira überreicht wurde, heißt es: „1. Es ist der Wunsch der beiden Regierungen, die freie und friedliche Entwicklung ihres Handels auf dem Stillen Ozean zu fördern. 2. Die Politik der beiden Regierungen ist unbeeinträchtigt durch irgendwelche aggressive Tendenzen, auf die Erhaltung des bestehenden status quo in dem genannten Gebiete und auf die Verteidigung des Grundgesetzes der gleichen Behandlung des Handels und der Industrie in China gerichtet. 3. Sie sind deshalb fest entschlossen, gegenseitig den jedem in dem genannten Gebiete gehörenden territorialen Besitz zu achten. 4. Sie sind auch entschlossen, das gemeinschaftliche Interesse aller Mächte in China zu wahren, indem sie mit allen friedlichen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, die Unabhängigkeit und Integrität Chinas und den Grundgesetz der gleichen Behandlung für den Handel und die Industrie aller Nationen in diesem Reiche unterstützen. 5. Sollte irgend ein Ereignis eintreten, das den oben beschriebenen status quo oder den oben definierten Grundgesetz der gleichen Behandlung bedroht, so bleibt es den beiden Regierungen anheimgestellt, miteinander in Verbindung zu treten, um zu einem Einverständnis in bezug auf die Maßregeln zu kommen, die ihnen nützlich erscheinen mögen.“

Als Antwort auf diese Note sandten die Vereinigten Staaten eine Erklärung, in der sie sich mit dem Inhalt des

obigen Schriftstückes vollkommen einverstanden erklärten. Heute lesen sich die Forderungen, die Japan an China gestellt hat, wie ein höhnischer Kommentar zu diesem „Trogen Papier“.

Doch der Schlag, den Japan gegen China führt, ist nur eine Episode in der Durchdringungspolitik Japans. In den letzten Jahren haben japanische Kapitalisten ihre europäischen Konkurrenten immer mehr aus Teilen des chinesischen Reiches verdrängt. Der letzte Bericht des amerikanischen Generalkonsuls in Mukden liefert zu diesem Thema recht lehrreiches Material. Er schreibt unter anderem: „Beim Verkauf ihrer Produkte sind die Japaner von ihrer billigen Arbeitskraft, den Zinsgeldern ihrer Regierung, besonderen Eisenbahntarifen, Vorzugsbehandlung bei der Zollbehörde und der Befreiung von inneren Steuerabgaben begünstigt worden. Um ihre Lage voll und ganz zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die nach der Mandchurei auswandernden Japaner an eine weniger günstige wirtschaftliche Lage in Japan gewöhnt gewesen sind. Ihre Hauptbeschäftigungsquelle, ja die Hauptstütze alles japanischen Einflusses in der Mandchurei ist die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft, ein halbes Regierungsunternehmen, das mit vollen Händen Geld spendet für ihr Eisenbahneigentum und in den zahlreichen japanischen Niederlassungen, wo Verwaltungsgebäude, Schulen, Hochschulen, Spitäler, Hotels, Wohnhäuser und verschiedene Werke gebaut werden, die mit der Anlage moderner Städte in Verbindung stehen.“

Japanische Handwerker und Arbeiter erzielen hier wenigstens den doppelten Preis für ihre Arbeitskraft wie Eingeborene, und wenn sie für Europäer arbeiten, verlangen und erwarten sie europäische Löhne. Die japanischen Einwohner passen sich bereitwillig der verbesserten Lage an. Sie beschäftigen Eingeborene als Diener, und wenn sie Unternehmer werden, so beschäftigen sie eingeborene Arbeiter. Wenn man zu diesen Vorteilen die Tatsache rechnet, daß die Ausgabe der Japaner für Nahrung, Kleidung und Behausung hier nicht mehr beträgt, als man die Eingeborenen bezahlt, so fällt der wirtschaftliche Beweggrund, der ihren Wunsch, an diesem Lande festzuhalten, bestimmt, gleich in die Augen.

Die Japaner sind fleißig und arbeiten schwer, sie können Strapazen ertragen und gehen dem Geschäft überall nach. Sie sind geduldig, sorgfältig und aufmerksam, und nichts entgeht ihnen, was ihrem Interesse dienlich sein könnte. Sie verstehen und sprechen die Sprache der Eingeborenen, die hier in allen ihren Schulen gelehrt wird. Ihr eigenes Schulwesen vermittelt ihnen eine ausgedehnte und praktische Kenntnis des modernen Handelswesens und des allgemeinen Wissens, einschließlich der Mechanik, des Bergbaues, der Mineralogie, der Erzprobe, des Landvermessens, des Ackerbaues und aller Dinge, von denen der Eingeborene in der Mandchurei nichts versteht.

Wenn sich die Amerikaner nicht dazu verstehen, energisch die Konkurrenz aufzunehmen, sollten sie sich lieber entschließen, sich mit wenig oder keinem Handel in der Mandchurei zu bescheiden. Eine kraftvolle und beständige Anstrengung hätte jede Aussicht, Erfolg zu bringen, doch muß sie gleich gemacht werden.“

Der amerikanische Kapitalist wird sich bei der unsicheren Haltung seiner Regierung kaum zu dieser Anstrengung verstehen werden. Ob das für das amerikanische Volk ein Uebel ist? Der sozialistische New Yorker „Call“ meint zu der Lage, daß sich die weißen Völker eigentlich zu dem Vorgehen Japans beglückwünschen könnten; denn indem die gelben Kapitalisten die wirtschaftliche Ausbeutung Chinas für sich monopolisierten, beschränkten sie das Kampffeld ihrer weißen Klassengenossen und damit die Kriegsmöglichkeiten.

## Die amerikanischen Sozialisten und der Friede.

Aus New York wird uns geschrieben:

Während die Sozialisten anderer neutraler Länder eifrig und besorgt die Frage erörtern, ob ihr Land mit in den Krieg gezogen werden würde, beschäftigen sich die amerikanischen Sozialisten und namentlich ihre berufensten Vertreter mit dem Problem, den Krieg möglichst abzukürzen und den Frieden herzustellen. Namentlich befristeten sie von Anfang an ein Verbot der Waffen- und Munitionsmittelausfuhr, um den kriegführenden Ländern die Mittel zur Fortsetzung des Kampfes zu nehmen. Aber der Vorschlag fand in charakteristischer Weise bei den bürgerlichen Friedensfreunden, die doch sonst stets für unverfugte Mittel zu haben sind, keinen Beifall. Wo der Profit bedroht ist, da hört die Gemütsfreiheit auf.

Jetzt ist eine neue Friedensbewegung im Entstehen, die viele der tüchtigsten Genossen zu ihren Anhängern zählt und darauf ausgeht, vermittelnd zwischen den sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder einzugreifen. Genosse Meyer London, das sozialistische Kongreßmitglied für New York, äußerte sich darüber kürzlich in folgendem Sinne: Während sich die sozialistische Partei Amerikas der absolutesten Neutralität befleißigen müsse, müsse sie dennoch gerade jetzt die erste Rolle im Kampfe für den Frieden übernehmen. Die Partei sollte unverzüglich zwei oder drei ihrer Vertreter nach Europa senden, die vielleicht vom Haag aus die Gelegenheit für ein ausföhrliches Eingreifen abwarten müßten. Als Friedensgesandten hätten sie der sozialistischen Partei Amerikas laufend über den Gang der Ereignisse zu unterrichten und jede Gelegenheit zur Förderung des Friedens wahrzunehmen.

Ueber die Lage in Deutschland meinte Meyer London: „Unsere deutschen Genossen befinden sich in einer unglücklichen Lage. Sie haben einen bedauernden Fehler gemacht. Ich tadle sie deswegen nicht. Aber sie hätten bei der Abstimmung über die Kriegskredite die gefällige Abstimmung nicht erzwingen sollen. Hätten sie das nicht getan, so hätte die Minderheit ihren Protest erlassen können.“

Wenn der neugewählte Kongreßmann nach Washington geht, so erklärt er, wird er seinen Kampf gegen die Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Kriegsmaterial in der Volksvertretung fortsetzen.

Wie man sieht, ist der Gedanke einer einseitigen Friedensbewegung noch reichlich unklar. Aber das liegt ja in der Natur der Sache. Zu bemerken ist jedoch ferner, daß sich hier viele — und nicht allein Sozialisten — beim Reden vom Frieden nicht lediglich von humanitären Regungen leiten lassen. Man ist auch der Ansicht, daß die militärische Lage, wie sie von Amerika aus erscheint, für einen Friedensschluß nicht ungünstig ist. Beide Teile haben Gebiete des feindlichen Landes besetzt und könnten bei Friedensverhandlungen mit Trümpfen aufwarten.

# Ein amerikanischer Friedenskongress.

New York, 1. März 1915. (Fig. Ber.)

In den letzten Tagen fand in Chicago ein Kongress der amerikanischen Friedensgesellschaften statt, auf dem auch die Sozialistische Partei vertreten war. Von den Verhandlungen war namentlich die Rede des Genossen Morris Hillquit, des Vorsitzenden der amerikanischen Partei, bemerkenswert. Hillquit führte unter anderem aus: „Wir können alle Kriegsgefahr beseitigen, indem wir alle Ursachen des Krieges beseitigen. Wirtschaftlich, geographisch, ethnologisch und historisch sind wir in einer besseren Lage, dem Kriege zu entrinnen, als irgendein Land, das je bestand. Im Osten und Westen haben wir keinen Nachbarn. Wir haben keinen Grund, uns mit den Nachbarn im Norden und Süden zu streiten. Unser Gebiet ist mehrere Male groß genug für unsere Bevölkerung. Wir brauchen keine fremden Märkte und keine Kolonien. Unser Land ist so groß, reich und mannigfaltig, daß es uns innerhalb der Grenzen mit allem, was zum Leben gehört, versorgen kann. Die Einfuhr von Waren ist für unsere Existenz und unser Gedeihen nicht notwendig und die Ausfuhr ist oft ein Verbrechen. Wir haben keinen legitimen Grund zu einem Kampfe über den auswärtigen Handel, keine Ursache zu internationalen Streitigkeiten, Verwicklungen und Kriegen, ausgenommen den Wunsch unserer Kapitalisten nach ausländischen Anlagen und Profiten.“

In dem angenommenen Programm erklärte sich der Friedenskongress gegen eine auswärtige Politik, die bestrebt ist, Bündnisse zur Aufrechterhaltung eines Machtgleichgewichts zu schaffen. Er verlangte die Herstellung eines Mächtegleichgewichts, das durch einen internationalen Kongress Streitigkeiten beilegen soll, und trat für die Einführung einer internationalen Streitmacht ein. Er forderte eine allmähliche Verminderung und die schließliche Abschaffung der Rüstungen; ferner das Verbot der privaten Herstellung von Rüstungen und das Verbot der Rüstungsausfuhr. Er verlangte die Neutralisierung der Meere und aller wichtigen Handelsstraßen, die demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik, und forderte, daß kein Angriffskrieg unternommen werden dürfe, es sei denn, daß das Volk vorher auf dem Wege des Referendums darüber befragt worden wäre. Auch sprach sich der Kongress dafür aus, daß Schritte getan würden, um ungerechte Hindernisse des Welt Handels und andere grundlegende wirtschaftlichen Ursachen der Kriege zu beseitigen.

Aus den Vorschlägen ist zu erkennen, daß die sozialistische Minorität nicht vergebens gewesen ist. Die Ansichten des Friedenskongresses sollen propagiert werden. Leider zeigten die Friedensfreunde nicht, wie dem heute wütenden Kriege ein Ende bereitet werden könnte.

## Unbedingte Neutralität Dänemarks.

Im Folkething richtete bei der dritten Lesung des Budgets der konservative Abgeordnete Wulff aus Anlaß verschiedener Auslassungen radikaler Politiker an die Regierung eine Anfrage, wobei er erklärte, er glaube nicht, daß die Regierung diese Anschauungen teile, es wäre aber zu empfehlen, wenn die Regierung eine Erklärung abgäbe, die geeignet wäre, die Gemüter zu beruhigen und die auch für das Ausland von Wichtigkeit sein würde. Der Verteidigungsminister erklärte namens der gesamten Regierung, die dänische Regierung und der Reichstag befänden sich in vollkommener Einigkeit darüber, daß die Politik Dänemarks auf unbedingte und unparteiische Neutralität gerichtet sein müsse. Die Regierung sei keinem Augenblick im Zweifel darüber, daß alle Parteien des Landes eine unerlöschliche Neutralitätspolitik wünschten und verlangten, um den Frieden zwischen Dänemark und allen anderen Staaten zu erhalten. Die ausnahmsweise in anderer Richtung gefallenen Auslassungen würden von allen Parteien mißbilligt. Während des gegenwärtigen Krieges sei es notwendig, daß Dänemark seine militärischen Mittel bereit halte, daß es gegebenenfalls seine Rechte wahrnehme und seine Pflichten erfüllen könne, die ihm als einem neutralen Staate oblägen. Von diesem Gesichtspunkte aus seien die verschiedenen militärischen Maßnahmen getroffen worden. Wäre die Regierung nicht von diesem Gesichtspunkte ausgegangen, so hätte sie nicht der Bevölkerung eine so große Bürde und dem Staate so große Ausgaben auferlegt. Die Anschauungen über die militärischen Fragen seien ja sehr verschieden, aber man handle klug und zum Nutzen des Vaterlandes, wenn man sich während des Krieges zur Erfüllung der größten aller Aufgaben sammle, nämlich, Dänemark frei und ohne Schaden durch den Krieg zu führen und friedliche und gute Beziehungen zu allen Mächten zu erhalten. Es sei bisher gelungen, eine einheitliche Neutralitätspolitik zu führen. Die Bestrebungen der Regierung hätten bei dem gesamten Reichstag Unterstützung gefunden. Die Regierung sehe ihre Bestrebungen in der Hoffnung fort, daß ihr diese Unterstützung auch in Zukunft zuteil werde. Das Budget wurde darauf mit 80 Stimmen einstimmig angenommen.

## Zur Vorgeschichte der griechischen Ministerkrise.

Ein Berichtesatter des „Corriere della Sera“ erhielt von einem Freunde des gestürzten Ministerpräsidenten folgende Mitteilungen über die Gründe der Krise, die zum Rücktritt von Venizelos führten:

Schon zu Anfang des Krieges hatten die Dreiverbandmächte Griechenland zweimal offiziell eingeladen, Serbien zu unterstützen, das Gefuch sei aber von Griechenland abgelehnt worden, weil der Dreiverband bezüglich der Haltung Bulgariens keine Bürgschaft übernehmen konnte. Nach Beginn der Dardanellenbeschießung leiteten die Dreiverbandmächte von neuem Schritte ein und ersuchten Venizelos, beim König anzufordern. Daraufhin wurde der Kronrat einberufen, in dem Venizelos den Vorschlag machte, mit 50000 Mann an den Operationen gegen die Dardanellen teilzunehmen, wofür man Griechenland Smyrna versprochen hatte. Der Generalstabschef Duzmanis aber wandte ein, daß die Entsendung von 50000 Mann die wirkliche Verteidigung des Landes gegen etwaige Angriffe durch Bulgarien und die Türken unmöglich machen würde. Venizelos schlug dann vor, sich wenigstens mit der Flotte und einer einzigen Division von 15000 Mann an dem Unternehmen gegen die Dardanellen zu beteiligen. Auch dieser Vorschlag wurde mit der Begründung bekämpft, daß die Anwesenheit griechischer Truppen in den Dardanellen Rußland verstimmen könnte. Nebenbei seien die Gebietsverprechungen in Kleinasien auch nicht garantiert und Griechenland wäre nicht imstande, Smyrna gegen spätere Angriffe der Türken zu halten. Venizelos betonte noch, eine Verstärkung mit Rußland und Italien, die offenbar Griechenlands Nachbarn im östlichen Mittelmeer werden würden, könnte Griechenland den not-

wendigen Nachhalt geben. Doch alle seine Bemühungen scheiterten an dem entschlossenen Widerstande des Königs, des Generalstabschefs und einiger Parteiführer.

## Ein antirussischer Balkanbund?

Sofia, 16. März. (Z. N.) Das Gerücht, daß Bulgarien, Rumänien und Griechenland sich zusammenschließen wollen, um der russischen Drohung bezüglich Konstantinopels und der Dardanellen entgegenzutreten zu können, beherrscht hier die Öffentlichkeit. Alle Politiker sind der Ansicht, daß die Selbstständigkeit Bulgariens sehr gefährdet würde, wenn Rußland Konstantinopel nehmen könnte. Die Politiker warten zunächst ab, ob die Regierung das Gerücht über die Schaffung eines antirussischen Balkanbundes dementieren würde, aber das ist nicht geschehen. Man sieht daher jetzt mit Spannung der weiteren Entwicklung der Frage entgegen.

## Englische Vorsorge für entlassene Soldaten nach Kriegsende.

Das Colonial Institute beriet nach Mitteilungen Carl Greys im „Daily Chronicle“ Maßnahmen, um die durch die Entlassung von 200 000 oder mehr Mann nach Kriegsende drohende Arbeitslosennot von England abzuwenden. Ansiedlung der Ex-Soldaten und ihrer Familien auf Ackerland in den Dominionen und autonomen Staaten des britischen Imperiums wird vorgeschlagen. Transportkosten würden sich auf gegen 10 Pfund Sterling pro Kopf stellen. Auch gesundheitliche Rücksichten sprachen mit. Rheumatismus und Syphilis z. B., die üblichen Lausgrabenkrankheiten, könnten in der Sonne Australiens ausgeheilt werden. Ein Mitglied des Instituts beriet bereits Australien, um hoffentlich mit Hilfe der australischen Regierung, Umschau nach geeigneten Ansiedlungsgebieten zu halten. Landwirtschaftlicher Unterricht, besonders in der intensiven Methode, soll den für diese Ansiedlungspläne in Betracht kommenden Ex-Soldaten auf den bereits in England bestehenden zahlreichen Versuchsfarmen, eventuell unter Hinzuziehung von geeigneten belgischen Pflüchlingen, erteilt werden. Die Schwierigkeit, daß diese Abwanderungsvorschläge den englischen Prinzipien in Sachen „staatlicher Unternehmung von Auswanderung“ widersprechen, wäre dadurch zu beseitigen, daß jedem entlassenen Soldaten oder Matrosen anheimgestellt wird, seine Entlassung nach irgendeinem bestimmten Teil des Reiches zu beantragen.

## Unterstützung von Kindern der Matrosen.

Die neuen Raten, die die englische Admiralität zahlt, sind laut „Daily Mail“ vom 11. März wie folgt: Erstes Kind 4 Schilling, früher 2 Schilling; zweites Kind 3 Schilling, früher 2 Schilling; drittes Kind 2 Schilling, früher 1 Schilling; viertes und weitere Kinder 1 Schilling, früher 1 Schilling; mütterlose Kinder 5 Schilling, früher 3 Schilling.

## Erfolge der englischen Streikbewegung.

London, 17. März. „Morning Post“ berichtet, daß folgende Lohn erhöhungen bewilligt worden sind: Für die Schiffbauarbeiter am Clyde 3 Farthings für die Stunde, für die Fuhrleute in Lancashire 2 Schilling für die Woche, für die Arbeiter in der Weichblech-Industrie von Südwales 1 bis 3 Schilling für die Woche, für die Polizei in Swansea 10 Proz. des bisherigen Lohnes, für die Gemeindefarbeiter in Glasgow 1 bis 3 Schilling für die Woche, ebenso für die Gemeindefarbeiter in Croydon und für die Mechaniker in Leeds 3 Schilling für die Woche.

## Die Wirren in Portugal.

Madrid, 17. März. (Z. N.) Der anarchitische Zustand in Portugal greift immer mehr um sich. In Lissabon wurde eine weitverzweigte Verschwörung gegen das Leben des Diktators General Castros entdeckt, deren hauptsächlichste Rädelshörer verhaftet worden konnten. Sie standen unmittelbar vor der Ausführung ihres Anschlags. Nach Berichten von Reisenden gleicht Lissabon jetzt einer toten Stadt. Aus Furcht vor einer plötzlichen Revolte haben alle Banken und größeren Finanzinstitute ihre Porten geschlossen. Der Eisenbahnverkehr wird mit gewisser Regelmäßigkeit nur noch auf der Hauptverkehrsader nach Spanien, Lissabon-Madrid aufrecht erhalten. Auf keiner anderen Strecke kann man mit Bestimmtheit rechnen. Büge anzutreffen. Fast alle Ausländer, die nicht dringende Geschäfte in Portugal zurückhalten, haben das Land verlassen. Bezeichnenderweise haben sogar die meisten Mitglieder des diplomatischen Korps in Lissabon ihre Familien nach Spanien in Sicherheit gebracht.

Die monarchistische Bewegung verfügt wieder über sehr viel Anhänger, sie ist auch die einzige, der hinreichende Geldmittel zur Verfügung stehen. Im Norden des Landes treiben die monarchistischen Agenten ganz ungehindert ihre Propaganda. Die Gendarmerie ist völlig machtlos; man glaubt allgemein, daß ein großer Putsch der Monarchisten unmittelbar bevorsteht.

In Madrid erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß zwei englische Kreuzer in die Tajomündung eingelaufen sind zum Schutze der Interessen der in Lissabon ansässigen Engländer. Heftige portugiesische Kreise erklären diese Information jedoch für im höchsten Grade unwahrscheinlich.

## Eine Infamie.

Laut Bericht russischer Blätter ist die Genossin Vera Figner, die mehrere Jahre im Auslande lebte und jetzt in die Heimat zurückkehren wollte, auf der russisch-rumänischen Grenzstation Ungen verhaftet und von Gendarmen nach Petersburg eskortiert worden.

Die Genossin Figner, die 15 Jahre in der Schlüsselburg interniert war, ist der gesamten europäischen Öffentlichkeit bekannt durch ihre energische, großzügige Propaganda für die Unterstützung der politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands. Diese vom Geiste hoher Menschlichkeit getragene Saksaktion, die jeder Politik fern stand, ist wohl der Grund, daß die greise Genossin bei der Rückkehr in die Heimat als Gefangene nach Petersburg geschickt worden ist.

## Mangel an Militärärzten in Rußland.

Die Militärmedizinische Akademie beriet, wie die „Wirschewja Wjedomosti“ vom 7. März M. W. melden, am 6. März über beschleunigte Entsendung von Studierenden der Militärmedizinischen Akademie auf den Kriegsschauplatz. Die Studenten des vierten Kurses, die einen beschleunigten Kurs durchmachen, werden im Juni als stellvertretende Ärzte ersten Ranges auf den Kriegsschauplatz entsendet. Die Studenten des dritten Kurses erhalten eine Reihe von praktischen Vorlesungen über das dem Kriegsarzt Notwendige und werden als stellvertretende Ärzte zweiten Ranges entsendet. Alle bleiben bis Kriegsende auf dem Kriegsschauplatz und kehren dann in die Akademie zurück, die ersten für mehrere Monate, die letzteren für 1-1½ Jahre, um die theoretischen Vorlesungen zu hören und ihr Examen zu machen.

Die Studenten des ersten und zweiten Kurses werden theoretisch und praktisch als Sanitäter ausgebildet und für 3½ bis 4 Semestermonate auf den Kriegsschauplatz geschickt, wonach sie wieder zu weiteren Studien in die Akademie zurückkehren.

## Unruhen unter der bengalischen Studentenschaft.

London, 17. März. (B. L. B.) „Morning Post“ berichtet aus Kalkutta vom 15. d. M.: Da die unruhige Stimmung unter der bengalischen Studentenschaft im Zunehmen begriffen ist, ist unter der Leitung von Surendranath Banerjee, Mitglied des Vizeköniglichen und bengalischen Rats, eine Bewegung gegen die Unruhen eingeleitet worden. Am Freitag fand eine große Versammlung statt, in der Banerjee die Studenten aufrief, nicht durch anarchitische Bestrebungen die zukünftige freie Stellung Indiens im Reich zu gefährden.

## Kämpfe in Tripolis.

Bengasi, 17. März. (B. L. B.) Meldung der „Agenzia Stefani“. Am 13. März rückte Oberleutnant Pailla, der Kommandant des besetzten Plazes Sotina, mit einer aus den drei Waffengattungen bestehenden Kolonne aus, um ein bedeutendes, im Ausbau begriffenes feindliches Lager in der Umgebung von Gedabia anzugreifen. Die Italiener stießen unterwegs auf feindliche Abteilungen in Stärke von etwa 1000 Mann mit zwei Geschützen, griffen sie an und fügten ihnen bedeutende Verluste zu, die sich nach den eingetroffenen Meldungen auf etwa 100 Tote und zahlreiche Verwundete belaufen. Die italienischen Truppen kehrten nach Erreichung ihres Zweckes in ihre Quartiere zurück, indem sie die andauernden Belästigungen feindlicher Abteilungen, die sich schließlich in der Richtung auf Gedabia zurückzogen, in glänzenden Gegenangriffen zurückwies. Unsere Verluste an Toten betragen zwei Offiziere und 87 Mann, unter ihnen 83 italienische Soldaten, an Verwundeten zwei Offiziere und 42 Mann, unter ihnen 19 italienische Soldaten. Sämtliche Verwundungen sind leichter Natur.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Einschränkung der Geld-Postsendungen nach Oesterreich

Amlich. Berlin, 16. März. (B. L. B.) Der Postanweisungsbefehl, Postauftrags- und Nachnahmeverkehr mit Oesterreich nebst Vohlien, Herzegowina und Siebenstein ist auf Veranlassung der österreichischen Postverwaltung wegen der Schwankungen des Kurses der österreichischen Währung vorübergehend eingestellt worden. Im Verkehr mit Ungarn bleiben die Dienstzweige bestehen.

### Auskunft über Verwundete in Posen und Polen.

Berlin, 17. März. (B. L. B.) Auskunftsstelle über Verwundete in der Provinz Posen. Wir haben an dieser Stelle schon wiederholt darauf hingewiesen, daß zur beschleunigten Vermittlung von Nachrichten über verwundete und kranke Militärpersonen für die Provinz Posen im königlichen Oberpräsidium in Posen eine Auskunftsstelle über Verwundete, die in Lazaretten der Provinz Posen liegen, besteht. Die Auskunftsstelle hat uns gebeten, bekannt zu geben, daß sie die deutschen Kriegslazarette in russisch-Polen in den Bereich ihrer Tätigkeit hineingezogen hat und demnach in der Lage ist, auch über Verwundete und Kranke, die in diesen Lazaretten liegen, Auskunft zu geben. Anfragen sind nach wie vor zu richten an die Auskunftsstelle über Verwundete in der Provinz Posen in Posen, O. 1, Taubenstr. 1. Wir bemerken noch, daß es sich empfiehlt, zu den Anfragen Postkarten mit Rückantwort (Doppelposten) zu verwenden, wobei auf der Antwortkarte die genaue Adresse des Absenders vorzuschreiben ist.

## Letzte Nachrichten.

### Vom Unterseebootskriege.

Amsterdam, 17. März. (B. L. B.) Aus Soel van Holland wird gemeldet, daß die britischen Dampfer „Avocat“ und „Lestris“ von der Cork Steamship Co. von einem deutschen Unterseeboot verfolgt wurden, das die Verfolgung in holländischen Territorialgewässern einstellte.

Der britische Dampfer „Leeward“, auf der Fahrt von London nach Harlingen, wurde vier Meilen südöstlich des Maasleuchtturmes von einem deutschen Unterseeboot torpediert. Die siebzehn Mann starke Besatzung des Dampfers wurde durch ein Lotienboot nach Soel van Holland gebracht.

Frankfurt a. M., 17. März. (B. L. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus London: Die Admiralität gibt bekannt, daß auch der Dampfer „Floragan“, dessen Torpedierung feinerzeit gemeldet wurde, gesunken ist.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 17. März. (B. L. B.) Der amtliche Kriegsbericht von heute nachmittag lautet: An der Yser erzielte die belgische Armee neue Fortschritte und warf einen deutschen Gegenangriff zurück. Auf der Front der englischen Armee herrschte ziemlich heftige Kanonade. Nördlich von Arras versuchte der Feind erfolglos am späten Nachmittag einen neuen Gegenangriff auf die Schützengräben auf der Höhe von Notre Dame de Lorette. Coiffons und Reims wurden beschossen. Zwei Granaten trafen die Kathedrale von Reims. In der Champagne, nördlich von Le Mans und westlich der Gruppe 106 bemächtigten wir uns auf einer Front von 500 Metern eines wichtigen vom Feinde gehaltenen Stützpunktes. In den Argonnen waren wir mehrere Gegenangriffe zwischen Volante und Jour de Paris zurück. Im Woëvre herrschte nur Artilleriekampf. Ein französischer Flieger bombardierte die Kasernen von Solmar.

### Internationales Recht.

London, 17. März. (Z. N.) Der Marineschiedsrichter der „Times“ tritt in einer Besprechung über die Kriegsgefangene Besatzung der Unterseeboote das Werk des holländischen Professors Oppenheim über internationales Recht, und kommt auf Grund der Bitate zu folgendem Schluß: „Eine Verletzung der bestehenden Kriegsregeln ist nur dann als ein Verbrechen zu erklären, wenn sie auch ohne Befehl der kriegführenden Regierung begangen wird. Wenn Personen, die zu einer bewaffneten Macht gehören, sich gegen die Regeln auf Befehl ihrer Regierung verhalten, dann sind sie keine Kriegsverbrecher und sie dürfen durch den Feind nicht bestraft werden.“ (Zstf. 319.)

### Die Krankheit des Grafen Witte.

London, 17. März. (Z. N.) Ueber die Krankheit des Grafen Witte erhält die „Times“ aus Petersburg vom 13. März folgende Meldung: Graf Witte ist an Gehirnhautentzündung gestorben. Vor einigen Tagen zog er sich eine leichte Erkältung zu, aus der ein Influenzafall hervorging. Nach Heilung der Erkältung handelte es sich um eine Ohrenentzündung, die später auf das Gehirn überging. Witte phantasierte und starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.



Aus der Budgetkommission des Reichstags.

(Amtlicher Bericht.) Die Kommission beriet zunächst einige Resolutionen, in denen eine Abänderung der bestehenden Mannschaftsversorgung...

Auf Anregung aus der Kommission erklärte ein Vertreter des Kriegsministeriums, daß nach den geltenden Bestimmungen die Wohnungszahlung erst aufhören darf, wenn der Bezug der Rente beginnt...

Zur Frage der Förderung der Erwerbsmöglichkeit der Kriegsinvaliden erklärte der Chef der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums, daß bei der ärztlichen Behandlung der Kriegesbeschädigten von vornherein die spätere Betätigung in Erwerbsleben berücksichtigt werde...

Zusammenfassend kann über diese Beratungen gesagt werden, daß in ihnen das große Wohlwollen aller Parteien und beteiligten Regierungsstellen in der Frage der Kriegsinvaliden- und Hinterbliebenenversorgung zum Ausdruck kam.

Hiernach trat die Kommission in eine Besprechung des Verlagerungszustandes, insbesondere der Ausübung der Pressezensur.

Von verschiedenen Seiten wurde unter Herbeiziehung von Einzelfällen darüber klargestellt, daß die Zensur nicht einheitlich gehandhabt werde und die Zensoren nicht allenthalben Verständnis für die politischen Verhältnisse und die Bedürfnisse der Presse zeigen...

Demgegenüber wurde betont, daß eine scharfe Grenze zwischen den militärischen und den nichtmilitärischen Interessen nicht gezogen werden könne, und die Beschränkung der Zensur auf die militärischen Angelegenheiten unmöglich sei...

Einzelne besondere Fälle wurden eingehend besprochen. Der Staatssekretär des Innern begann seine Ausführungen mit lebhaften Worten der Anerkennung für die vaterländische Haltung der deutschen Presse...

Daß infolge des Belagerungszustandes Schwierigkeiten zu überwinden seien, und diese auch zum Teil in dem jetzt geltenden Gesetz ihren Grund hätten, sei zugegeben; die Zentralstellen würden in ihrem Bestreben fortfahren, diese Schwierigkeiten auf ein Mindestmaß zurückzuführen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Erlass eines Gesetzes zur Beschränkung der Zensur abgelehnt; dagegen fand folgende Resolution Annahme:

1. den Bundesrat zu ersuchen, nach Friedensschluß mit tunlichster Beschleunigung den Entwurf des in Art. 68 der Reichsverfassung vorgesehenen Reichsgesetzes über die Erklärung des Kriegszustandes vorzulegen.

werden. Ferner ist in dem Gesetze zu ordnen, welche anderen Gesetze aufhebbar sind und von wem die Erklärung der Aufhebung auszugehen hat;

2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen dafür Sorge zu tragen, daß die Zensur nicht über die volle Wahrung der Interessen der Landesverteidigung und des inneren Friedens hinausgeht, vor allem aber tunlichst gleichmäßig gehandhabt wird.

Englische Weltpolitik.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 89 vom 10. d. M. befindet sich eine wohlwollende, wenn auch ziemlich ironische Besprechung meiner kleinen Schrift über englische Weltpolitik. Ein „gewisser Wert“, den der Kritiker dieser Schrift beimißt, wird ein recht ungewisser Wert durch die Charakteristik, die ihr zuteil wird...

Für die neuere Geschichte (19. Jahrhundert) konnte ich mich nicht auf Seeley berufen, der als großer englischer Patriot, Imperialist und hochberühmte Autorität unter den Engländern dasteht. Ich habe aber mich fast ausschließlich an Schriftsteller gehalten, die ebenso unparteiisch sind, wenn auch nicht alle eines ebenso bedeutenden Ansehens sich erfreuen.

Der Kritiker meint: Um kein einseitiges und dadurch falsches Bild entstehen zu lassen, hätte ich darauf verweisen müssen, daß die kolonialpolitischen Methoden aller Länder zur gleichen Zeit ähnliche waren. Ich habe (S. 20) als Seeleys Meinung mitgeteilt, den Gründern des britischen Reiches sei, verglichen mit den Gründern anderer Reiche, eher ein besseres als ein schlechteres Zeugnis zu geben; namentlich das spanische sei noch ungleich mehr mit Grausamkeit und Raubgier besetzt.

Der Kritiker glaubt an meine Absicht, daß ich den Nationalhass nicht sühnen wollte; aber die tatsächliche Wirkung (so meint er offenbar) werde auf zahlreiche Leser doch so sein, als ob ich es gewollt hätte.

Endlich vermißt der Kritiker die Verallgemeinerung (auch in anderen Hinsichten als in bezug auf Kolonialpolitik). Was ich aus Seeley anführe über die Zusammenhänge von Krieg und Handel, ist höchst allgemein. Mich wundert nur, daß der Kritiker die darin enthaltene Behauptung einer vielbesprochenen „Geschichtsauffassung“ nicht bemerkt zu haben scheint.

Ferdinand Tönnies.

Wir geben der Zuschrift von Herrn Professor Tönnies, die unsere Kritik seines Buches an Umfang überschreitet, gern Raum, um auch jeden Anschein zu vermeiden, als wollten wir Absicht und Charakter seiner Arbeit auf die gleiche Stufe mit den Hochschriften vieler seiner Kollegen stellen.

Nun ist es richtig, daß ein paar Sätze von Seeley zu einer Kritik der weltpolitischen Methoden aller Länder anregen können. Tönnies tut aber in seiner Broschüre nichts, um diese Anregung zu unterstreichen oder zu vertiefen.

Tönnies' Arbeit hätte erst dann vollen Wert, wenn nicht „England“, sondern die Kolonialpolitik kapitalistischer Staaten auf der Anklagebank erdient. Gerade die Verweisung auf Marx (Vorrede zum „Kapital“) führt zu dem, was wir bei Tönnies Arbeit vermissen; Marx schreibt:

\*) Englische Weltpolitik in englischer Beleuchtung. Berlin, Julius Springer, 1915, Preis 1 M.

hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Massenverhältnissen und Interessen.

Zum Schluß wiederholen wir die Frage unserer ersten Besprechung: Wenn Tönnies nur die allgemeine Wahrheit aussprechen wollte: „Immer von neuem läßt das Volk sich erzählen und zum Weisfall bewegen durch die Behauptung, daß sittliche Gründe maßgebend sind für die Leitung dieser (Welt-)Politik“...

Politische Uebersicht.

Der letzte Krieg?

Von bestimmter Seite wird seit Ausbruch des Krieges geflüstert, daß die Anschauung verbreitet, daß durch den Völkerraum die pazifistische Bewegung vollständig fortgesetzt worden sei. Die kriegsbegeisterten Aeußerungen einzelner früherer Pazifisten, die plötzlich „umgelernt“ haben, werden zu diesem Zweck möglichst auffällig aufgeführt, alle entgegenstehenden Tatsachen — soweit sie in der gegenwärtigen Zeit überhaupt öffentlich bekannt werden dürfen — aber verschwiegen.

Die Beschäftigung mit dem ganzen Komplex dieser Fragen ist um so notwendiger, als der Ausgang des gegenwärtigen Krieges den Versuch seiner Wiederholung wahrscheinlich macht. Darauf verweisen sowohl bürgerliche Imperialisten als Friedensfreunde.

„Jahlose“ Schlussfolgerungen knüpfen sich an den eventuellen Ausfall dieses Krieges. Chauvinistische Eroberungswünsche, imperialistische Fäulereien um den Weltmarkt, Träume von Weltherrschaft und unüberwindlicher nationaler Größe und dergleichen mehr.

Nichts falscher als derartige Möglichkeiten als unvermeidlichen Erscheinungen mit fatalistischem Gleichmut entgegen zu sehen. Wenn an dem jetzigen Krieg die eigentlich Schuldigen nicht die leitenden Staatsmänner, sondern die volkswirtschaftlichen Verhältnisse sind, dann gilt es, diese Verhältnisse auf eine andere Basis zu stellen.

Gegen den Kanzler.

Die alldeutschen Kreise sind mit der Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands höchst unzufrieden. Immer lauter ertönt der Schrei nach dem starken Mann, der mit positiven Eroberungszielen den Krieg zu Ende führen soll.

ganz allgemein über Eroberungskriege gesagt und geschrieben hat. Alle Urteile Bismarcks über diese Fragen hindern den freikonfessionellen Abgeordneten v. Hedlich indessen nicht, in der „Post“ Bismarck gegen den jetzigen Kanzler auszuspielen:

Zwischen heute und Bismarcks Scheiden aus dem Amte des Reichskanzlers liegt gerade ein Viertel Jahrhundert. Kein Wunder, wenn die Wiederkehr dieses Jahrestages Gefühle schmerzlichen Bedauerns auslöst, daß uns in diesem Weltkriege am Steuer des Reichsschiffes die sichere Hand fehlt, die es 1866 und 1871 so glücklich in den Hafen eines vollbefriedigenden Friedens steuerte. Die lange Sorge um die Gestaltung des Friedens, aus der das stetig stärker werdende Verlangen nach öffentlicher Erörterung der Friedensziele und Friedensbedingungen erwächst, wäre unserem Volke erspart geblieben, wenn Bismarck zur Leitung der Friedensverhandlungen berufen wäre. Säkularmenschen sind nun freilich keine Altagsware, und der einzige Mann ähnlich mächtigen Rufes, der in diesem Weltkriege bisher hervorgetreten ist, führt das Schwert und nicht die Feder.

Wir wollen uns daher damit bescheiden, daß diesmal kein Bismarck die Friedensverhandlungen für uns zum guten Ende führt, so werden wir doch bestimmt erwarten dürfen, daß diese von den verantwortlichen Leitern unserer auswärtigen Politik im Bismarckschen Geiste geführt werden. Keine sorgsam vorbereitete Friedensziele müssen mit zäher Kraft und unerschütterlicher Entschlossenheit durch alle Hindernisse und Schwierigkeiten durchgedrückt werden. Damit ist weisses Nachhalten sehr wohl vereinbar. Das lehrt besonders deutlich der Blick auf die Bismarckschen Friedensschlüsse. Völlig unvereinbar mit Bismarckschem Geiste aber wäre schwächliches Schwanken sowohl in der Festsetzung wie bei dem Durchsetzen der Friedensziele. Möge daher, wer die Verantwortung für den Friedensschluß gegenüber unserem Volke wirklich tragen will, sich mit Bismarckschem Geiste durchdringen und zu Bismarckscher Kraft und Entschlossenheit fähigen!

Die Durchsetzung der Kriegsziele, die Herr von Hedlich mit allen Opfern durchdrücken will, würde keineswegs Deutschland in einen Hydrachosen steuern, den große Kreise des Volkes als „vollbefriedigend“ bezeichnen könnten. Zu dieser Einsicht würden die Massen um so eher kommen, je früher dem Hg. von Hedlich die volle Enthüllung seiner Pläne in der Presse und die freie Diskussion darüber gestattet wird.

### Der Haß.

In einer Polemik gegen einen Herrn Eduard Engel, der den Abgeordneten Haas wegen zu geringen Hasses gegen die Franzosen angegriffen hatte, schreibt jetzt der fortschrittliche Abgeordnete im „Berliner Tageblatt“:

„Ich lag als Kriegsfreiwilliger im Schützengraben in Flandern, und mir gegenüber lagen die Franzosen. Just zu dieser Zeit sah Herr Engel in Berlin am warmen Ofen und hinter einem großen Lintensack und will mich von dort aus über das Maß von Mut belehren, das man gegen die Franzosen in sich tragen müsse. . . .

Nach meiner festen Ueberzeugung, die sich auf unzählige Besprechungen mit verständigen Menschen, aber auch auf meine Erfahrungen im Kriege stützt, kennt das deutsche Volk keinen Haß gegen den einzelnen Franzosen; wir hassen das französische Volk nicht. Ich kann nicht jedesmal hinzusetzen, daß Herr Engel und einzelne Menschen seiner Geistesart eine Ausnahme bilden. Von überall erhalten wir Berichte, wie freundlich die deutschen Truppen in den besetzten Teilen von Frankreich mit der Bevölkerung verfahren, wie sie sich der notleidenden Bevölkerung annehmen, wie sie die Kinder pflegen, und wie sich freundliche Beziehungen zwischen den Quartierwirten und den Soldaten anknüpfen. Der deutsche Soldat ist auch draußen der Angehörige eines Kulturbolles, erzogen in der guten deutschen Schule; er lehnt es ab, für die Schandtaten einzelner Franzosen, für den Rechtsbruch französischer Richter, für die Ausdehnungen verheerender Pöbelhorden, den einzelnen Franzosen verantwortlich zu machen. Er steht über der Logik des Herrn Engel, daß die Mörder von Drähtes doch auch zum französischen Volke gehören, daß dazu gehören die Pöbelhorden, die Verwundete und Gefangene mißhandeln, und die Zeitungsschreiber, die das deutsche Volk beschimpfen, und daß deshalb das ganze französische Volk schlecht und hassenwert sei.

Wo — außer in der Phantasie französischer Journalisten — ist der deutsche Soldat dem französischen Bürger mit Gefühlen des Hasses entgegengesetzt? Hat der deutsche Soldat den verwundeten oder gefangenen Franzosen oder selbst den französischen Soldaten, der ihm kampfbereit gegenübersteht? Ich habe draußen im Felde bei keinem ein Gefühl des Hasses wahr genommen; aber vielleicht weiß es Herr Engel in Berlin besser.

Ein Erlebnis: Wir standen, als wir zum erstenmal ins Gefecht kamen, im Kampfe gegen Engländer. Wir alle denken leidenschaftlich gegen England, und einer sprach mir von seinem Haß. Am anderen Tag — und manchen lieben frohen Kameraden hatten und die englischen Augen geroubt — sah er einen schwerverwundeten Engländer in einer Scheune. Er als erster sprach ihm hilfsbereit bei, verband ihn, gab ihm zu trinken, und er selbst litt unter den Schmerzen des armen Menschen. Von seinem Hass hatte er gesprochen; aber ist das der Haß? Kann Haß und Mitleid so nahe beieinander wohnen?

Wir wissen aus zahlreichen Feldpostbriefen, daß die von Haas gefennzeichnete Stimmung der Achtung und des Mitleids mit der Bevölkerung aller Segner gegenüber an der Front allgemein ist.

### Aus dem heftigen Landtag.

Im erweiterten Finanzausschuß der Zweiten heftigen Kammer erklärte die Regierung sich bereit, im Bundesrat eine weitergehende Erhöhung der Verpflegungssätze für Einquartierung anzuregen. Die Regierung hofft zuversichtlich, daß der Bundesrat einer Erhöhung zustimmen werde. Bis dahin sollten die Gemeinden aus sich eine Erhöhung der Verpflegungssätze vornehmen. Der heftige Staat sei bereit, durch Bewährung von Darlehen den Gemeinden zu helfen. — Der sozialdemokratische und der national-liberale Antrag auf Besteuerung der Kriegsgewinne kam im erweiterten Finanzausschuß zur Verhandlung. Der Ausschluß beschloß einstimmig, beide Anträge der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Regierung war mit dem Prinzipien der Anträge einverstanden und will im Bundesrat im Sinne dieser Anträge wirken.

### Verminderung der Schweinebestände.

Der preussische Minister des Innern hat soeben einen umfangreichen Erlass an die ihm unterstellten Behörden gerichtet. Es wird darin betont, daß die Abtötung von 5-6 Millionen Schweinen nicht genügt, eine erhebliche Ueberschreitung dieses

Luanhums wird als notwendig erachtet. Es soll deshalb auf eine Verminderung der Schweinebestände entschieden hingewirkt werden. Insbesondere kommt es darauf an, daß der Anlauf von Schweinen durch die Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern nach bestem Vermögen gefördert wird. Sodann aber ist zu veranlassen, daß auch in den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern entweder die Gemeinde selbst oder die einzelnen Einwohner im möglichst weiten Umfange Schweine einschachten. Eine bestimmte Grenze läßt sich nicht allgemein vorschreiben, unter allen Umständen muß aber eine schleunige weitgehende Verminderung der Schweinebestände erreicht werden. Nicht vermeidbar ist, daß auch zahlreiche noch nicht schlachtreife Schweine von der Schlachtung getroffen werden, denn eine Beschränkung lediglich auf voll ausgewachsene Tiere würde nicht die notwendigen Wirkungen erzielen. Keinesfalls darf aber die Tötung von Junqtieren, die an Stamm und Grund der Schweinezucht führen würde, erfolgen.

### Zwang bei der Aufzuehlung von Dauerwaren.

Der Bundesrat hat in seiner bekannten Verordnung vom 25. Januar, nach der die Gemeinden sich mit Dauerfleischwaren versorgen sollen, zu Grunde gelegt, daß nach Möglichkeit dieser Vorrat pro Kopf 15 M. betragen soll. Die Regierungspräsidenten scheinen Auftrag zu haben, bei lässigen Gemeinden mit Zwangsmahnahmen nachzuhelfen. Wenigstens geht das aus einer Verfügung des Regierungspräsidenten in Posen gegen die Stadt Lissa hervor. Die Stadt hat nach der Verordnung des Bundesrats für 258 440 Mark Dauerware zu beschaffen. Es wurde ihr vom Regierungspräsidenten aufgegeben, daß, wenn sie nicht innerhalb fünf Tagen die Meldung von der eingeleiteten Beschaffung macht, der Betrag zwangsweise in den Etat eingestellt würde.

## Aus der Partei.

### Zahlreich gestorben.

Chicago, 26. Februar. Julius Wahlreich ist heute nachmittag um 3 Uhr an Altersschwäche gestorben. Am Sonntagnachmittag um 2 Uhr findet die Beisetzung statt.

Mit Julius Wahlreich, der am 30. Dezember 1880 in Leipzig geboren war, ist der letzte der Gründer der deutschen Sozialdemokratie dahingegangen. Wahlreich war als Schuhmacherlehrling mit den Schriften Weitlings in Verührung gekommen. Er gab die Anfang des 60er Jahre zu der kleinen Gruppe im Leipziger Arbeiterbildungsverein, die mit Lassalle in Verührung trat. In der konstituierenden Versammlung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ zu Leipzig am 23. Mai 1869 vertrat er neben Dammmer und Petzsche die Leipziger und wurde selbst zum Vorsitzenden der Tagung gewählt. Im Januar 1874 wurde Wahlreich in Wahlkreise Wittweida in den Reichstag gewählt, dem er bis zur Auflösung des Reichstags nach dem Attentat Nobilings im Jahre 1878 angehörte. Das Sozialistengesetz, bei dessen Erlaß er gerade eine längere Gefängnisstrafe abbüßte, veranlaßte ihn, 1881 nach Amerika auszuwandern. Dort lebte er in New York wieder seinem Schuhmacherberuf, dann als Photograph, bis er 1891 an die New Yorker Volkszeitung berufen wurde. 1903 trat er krankheitsbedingt zurück, und lebte in Chicago bei seinem Sohne, wurde aber bald dort von den Genossen für die dortige Arbeiterzeitung gewonnen.

Wahlreich hat sein ganzes Leben hindurch für den Sozialismus gewirkt. Mit ihm scheidet ein treuer Kämpfer der deutschen, amerikanischen, internationalen Arbeiterbewegung.

Die „Sozialistische Zeitung“ nimmt in einem „Der Zwist in der Sozialdemokratie“ überschriebenen Artikel u. a. Bezug auf eine Flugchrift des Abgeordneten Genossen Legtion, die seinen am 27. Januar vor Berliner Gewerkschaftsfunktionären gehaltenen Vortrag enthält. Uns ist diese Flugchrift noch nicht zugegangen.

Zum ersten Male seit einundhalb Jahrzehnt war es möglich in Friedeberg N.-M. eine Volkerversammlung abzuhalten, die von zirka 400 Personen aus allen Gesellschaftsklassen besucht war. Der sozialdemokratische Kandidat des Kreises Genosse Eugen Bräuker sprach über die Sicherstellung der Volksernährung während des Krieges. Der Besuch dieser Versammlung ist unsso bemerkenswerter, als zwei Tage zuvor eine auch vom Landrat unterstützte Versammlung stattgefunden hatte, die sich mit demselben Thema befaßte.

## Gewerkschaftliches.

### Eine Warnung an die Mühlenarbeiter.

Die „Verbands-Zeitung“ der Brauerei- und Mühlenarbeiter warnt die in den Mühlenbetrieben beschäftigten Arbeiter davor, sich vor Unbekannten über die Lagerung größerer Getreidevorräte anzulassen. Anlaß zu dieser Warnung geben der „Verbands-Zeitung“ mehrere unter geheimnisvollen Umständen ausgebrochene Mühlenbrände. Im Oktober v. J. brannte die Braunschweiger Roggenmühle N.-O. nieder, wobei 50 000 Zentner Roggen zerstört wurden. Man nahm an, das Feuer sei durch einen heißgelaufenen Elevator entstanden. In den letzten Tagen ist die Humboldt-Mühle in Berlin-Tegele niedergebrannt. Der Mehl- und Getreideschaden ist unbedeutend, weil die Vorräte nicht in der Mühle lagerten. In diesem Falle steht Brandstiftung außer Zweifel.

Das Fachorgan der Mühlenarbeiter vermutet nun, daß es sich um systematische Brandlegungen handle. So wird der „Verbands-Zeitung“ aus Stuttgart berichtet, daß dort ein Mensch, der sich Schneider nannte, Feststellungen zu machen versuchte, wo größere Mehl- und Getreidevorräte lagern, unter dem Vorwand; damit man nachher diese Mühlen heranziehen könne. Dieser Herr „Schneider“ hat einen Arbeiter von der Mühle in Cannstatt nach dem Hotel „Victoria“ bestellt, wo er ihm vertrauliche Mitteilungen über Mehl- und Getreidevorräte machen sollte. Der Arbeiter hat sich dorthin begeben, der angebliche „Schneider“ ist jedoch nicht erschienen. Was ihn abgehalten, weiß man nicht.

Es handelt sich, meint die „Verbandszeitung“, hier jedenfalls um Spionage im Interesse des feindlichen Auslandes, zum Zweck der Feststellung, wo größere Vorräte lagern, um dann diese Betriebe in Brand zu setzen oder sonst zu vernichten, und scheinbar hat man es in der Hauptsache auf größere Städte abgesehen.

Deswegen ergeht an die Mühlenarbeiter die eingangs erwähnte Warnung.

### Berlin und Umgegend.

#### Kriegszulage in der Mehlgeschäftsbranche.

Mit Rücksicht auf die enorm gestiegenen Lebensbedingungen haben die Mehlgeschäftsleute an ihre Arbeitgeber die Forderung auf eine zehnprozentige Zulage gestellt. Daraufhin erhielt der Zentralverband der Schuhmacher vom Verein der Mehlgeschäftsleute ein Schreiben, in dem es heißt, daß auf allen vom Montag, den

15. d. Mtz., ausgegebenen Arbeiten für Boden ein Zuschlag von 50 Pf., für hohe Eitel ein Zuschlag von 1 M. gewährt wird. Auch für Wälder sind 25 Pf., für Sohlen und Felle 10 Pf., für Felle 5 Pf. bewilligt. Vorstehende Zulage wird auf drei Monate vom 15. März bis zum 15. Juni oder bis zum Tage des Friedensschlusses gezahlt.

Diese Bewilligungen machen ungefähr 5 Proz. aus. In einer Verammlung erklärten die Arbeiter, daß sie damit nicht zufrieden sein können, vielmehr auf den geforderten 10 Proz. bestehen müßten. Auch wurde betont, daß die Zulage solange gewährt werden solle, als die außergewöhnliche Teuerung anhält.

Nachträglich wurde bekannt, daß der Verein der Berliner Mehlgeschäftsleute den Mehlern die ohne Zustimmung des Mehlereiverbandes bewilligt haben, eine Konventionalstrafe von 1000 M. angedroht hat. Eine Firma hat die ganzen 10 Proz. auf die Dauer des Krieges und die folgenden drei Monate bewilligt. Bei Firmen, die dem Verein nicht angehören, sind die Zulagen teils schon bewilligt, teils werden sie dort noch durchgedrückt werden.

Bei der Abstimmung der Verammlung wurde das Entgegenkommen der Mehlere als ungenügend einstimmig abgelehnt.

### Deutsches Reich.

#### Die Kriegsmahnahmen des Banarbeiterverbandes.

Nach Ausbruch des Krieges hatten Vorstand und Reichrat unter teilweiser Aufhebbung des Statuts, soweit die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in Betracht kam, besondere Kriegsmahnahmen beschlossen. Dazu gehörte die Einführung einer Notstandsunterstützung für Arbeitslose und eine periodische Unterstützung für die Familienangehörigen der im Felde stehenden Verbandmitglieder. Die Notstandsunterstützung, die bis zu 15 Wochen an die Mitglieder gezahlt werden soll, wurde am 31. Dezember bei denjenigen eingestellt, die bis dahin die Höchstunterstützung erhalten hatten. Für die übrigen Unterstützungsberechtigten rühte die Fortzahlung der Unterstützung für den Monat Januar. Bis zum 31. Dezember waren dafür aus den Mitteln des Verbandes 1 880 455 M. verwendet. Für die Familienunterstützung waren bis zu dem gleichen Zeitpunkt 1 381 206 M. ausgegeben; zusammen also 3 261 751 M.

Gegen die Einführung der Notstandsunterstützung wurde in Mitgliederkreisen anfänglich viel Widerspruch laut, weil die Mitglieder in dem im Verhältnis zu den statutarischen Sätzen der Arbeitslosenunterstützung etwas reduzierten Sätzen der Notstandsunterstützung eine Benachteiligung ihrer erworbenen Rechte erblickten. Dabei wurde ganz übersehen, daß die geringeren Unterstützungsätze reichlich aufgewogen werden durch die nahezu doppelt verlängerte Unterstützungsperiode, nämlich von 8 Wochen bei der Arbeitslosenunterstützung auf 15 Wochen bei der Notstandsunterstützung, so daß in der Endsumme ein erheblich höherer Unterstützungssatz herauskommt, als bei der früheren statutarischen Arbeitslosenunterstützung. Verächtlichigt muß auch noch werden, daß diese Notstandsunterstützung in keiner Weise mit sonstigen Unterstützungsleistungen eine Aufrechnung erfährt, wodurch den Mitgliedern bei dem Bezug der Notstandsunterstützung weder bei der Einführung derselben Schwierigkeiten entstanden sind, noch ihnen in der Zukunft bei der Wiedereinführung des Statuts und der Arbeitslosen- oder der Krankenunterstützung entstehen werden.

Vorstand, Ausschuß und Verbandsrat haben nun aufs Neue Stellung genommen zu der Frage, ob die Wiedereinführung des Statuts nunmehr Platz greifen soll oder ob weiter Kriegsmahnahmen getroffen werden sollen. Vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet, wäre es für die weitere günstigere Gestaltung der Vermögenslage des Verbandes richtig gewesen, jezt das Statut wieder in Kraft zu setzen. Indessen, die 17 500 arbeitslosen Mitglieder, die der Verband nach seiner Statistik zurzeit noch aufzuweisen hat, und von denen mindestens 14 000 noch ein Anrecht auf Unterstützung haben, haben die genannten Körperlichkeiten bemerkt, die Unterstützung in der bisherigen Form weiter bestehen zu lassen. Daneben ist beschlossen worden, diejenigen Mitglieder, die bereits ausgesteuert sind, aufs neue in die Berechtigung einer Unterstützung auf die Dauer von sechs Wochen einzutreten zu lassen, wenn ausschließlich des Monats Januar, zwölf Wochen seit dem letzten Unterstützungstage vergangen sind, und wenn sie während dieser Zeit mindestens vier Wochen gearbeitet und Beiträge gezahlt haben. Arbeitslose Mitglieder müssen sich während der ganzen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit zur Kontrolle gemeldet haben.

Die Wiedereinführung der Unterstützungsunterstützung wird weiter abhängig gemacht von einer gewissen Arbeitspflicht. Es ist leider vorgekommen, daß einzelne Mitglieder die ihnen zugewiesene Arbeit verweigert oder ohne Grund verlassen haben und dann wieder Notstandsunterstützung beanpruchten. Dem soll vorgebeugt werden durch die Bestimmung, daß in Zukunft jedes Mitglied, das die Arbeit grundlos verläßt oder ihre Annahme verweigert, oder das sich selbst auch nicht um Arbeit bemüht, von der Unterstützung ausgescheidet, ganz gleich, wieviel Unterstützung es bis dahin bezogen hat. In solchen Fällen kann die Unterstützung erst wieder ausbleiben, wenn das Mitglied nach der Entziehung der Unterstützung mindestens vier Wochen wieder gearbeitet und für diese Zeit Beiträge gezahlt hat. In besonders trassen Fällen dieser Art kann außerdem die Unterstützungsunterstützung um zwei bis drei Wochen gestürzt werden. Gewisse Ausnahmen sollen nur zulässig sein bei offensichtlich fränklichen oder im vorgezeichneten Alter von 55 Jahren lebenden Arbeitern; aber nur unter Zustimmung des Verbandsvorstandes.

Als weitere Kriegsmahnahmen kommen in Betracht die Zahlung von Notstandsunterstützung an kriegsinvaliden Mitglieder, die aus dem Felde zurückkehren und an Unfallrentner während der Dauer des Krieges. Voraussetzung ist in beiden Fällen neben der Erwerbsfähigkeit der Betroffenen die tägliche Kontrollmeldung. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach den geleisteten Beiträgen. Sie erstreckt sich bei Monatsrenten von 15 bis 20 M. auf 5 Tage, von 21 bis 25 M. auf 4 Tage und von 26 bis 30 M. auf 3 Tage wöchentlich. Bei höheren oder niedrigeren Rentenabzahlungen ist den hier angegebenen kommt diese Unterstützung nicht in Betracht. Weiter soll den im Felde stehenden Verbandmitgliedern die Dauer des Kriegsdienstes auf die Mitgliedschaft angedreht werden, sofern sie etwaige Beitragsrückstände später begleichen und sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Rückkehr aus dem Kriege bei der Organisation melden.

Dagegen haben es die Verbandskörperchaften abgelehnt, die bereits zweimal gezahlte Familienunterstützung zu wiederholen. Bei dem leider noch immer nicht abzusehenden Ende des Krieges muß befürchtet werden, daß die dafür abzuwendenden Mittel die finanzielle Kraft des Verbandes allzusehr in Anspruch nehmen würden. Es muß auch darauf Bedacht genommen werden, daß den später heimkehrenden Mitgliedern eine wirksame Unterstützung zuteil werden kann, wenn nach Beendigung des Krieges jegliche staatliche Unterstützung für sie und für ihre Familien aufgehört hat. Um so mehr muß darauf Bedacht genommen werden, als mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß für die mehr als 100 000 Banarbeiter, die zurzeit im Felde stehen, nicht lediglich nach ihrer Rückkehr eine ausreichende Beschäftigungsmöglichkeit gegeben ist.

**Amstlicher Marktbericht** der holländischen Markt-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.)  
Rittmoh, den 17. März 1915. Preis: Rindfleisch per 50 kg, Ostfleisch 84-98, do. 78-83, do. 67-75; Schmalfleisch 78-88, do. 72-75; Stöße, fett 62-68, do. mager 52-60, do. dünnfleisch 48-55; Pfeffer 60-73, Pfeffer, baltisch, 55-65, Waden, baltisch, 60-68; Rindfleisch, Doppelender 125-135; Rindfleisch 82-100, do. 60-60; Käber ger. gen. 50-70. Hammelfleisch: Rindfleisch 68-103; Hammel 62-97, do. 87-91; Schafe 85-95. Schweinefleisch: Schweine, fette 60-60, lammsche 85-108, dän. Sauen 70-73, dän. Schweine 80-85. Gem. Aie, inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 0,00; weiße Raisenfröhen 0,00; Magnum bonum 5,50-6,00; Wollmann 0,00; Berre, Schod 1,00-2,00; Sellerie, Schod 5,00-9,00; Spinat 50 kg 20,00-30,00; Röhrrüben 7,00-7,50; Weingelb 9,00-15,00; Weingelb 50 kg 9,00-10,00; Weingelb Schod 9,00-15,00; Weingelb 50 kg 9,00-10,00; Rindfleisch, Schod 9,00-16,00; Rindfleisch 50 kg 9,00 bis 10,00; Schmal 50 kg 20,00-21,00; Rindfleisch Schod 6,00-11,00; Zeltener Rindfleisch 50 kg 12,00-16,00; Rindfleisch Rindfleisch 50 kg 5,00-18,00.

# Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 176 der preussischen Armee enthält folgende Truppen:

- 8. und 9. Garde-Inf.-Reg.; 2. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Rüfiter-Reg.; Grenadier- bjo. Infanterie. bjo. Rüstler-Regiment Nr. 1, 11, 12, 16, 17, 18, 20, 21, 31, 41, 45, 46, 47, 53, 57, 59, 62, 65, 66, 67, 68, 71, 72, 75, 77, 81, 84, 85, 87, 90, 91, 95, 98, 99, 109, 112, 113, 117, 118, 128, 132, 133, 134, 142, 143, 148, 149, 150, 151, 153, 156, 158, 161, 162, 168, 171, 174, 175, 176; Inf.-Regiment Nr. 1, 3, 6, 7, 11, 12, 13, 18, 22, 23, 29, 30, 37, 53, 56, 57, 59, 61, 64, 66, 67, 68, 80, 81, 82, 85, 93, 94, 99, 104, 118, 202, 203, 213, 215, 216, 219, 221, 226, 227, 228, 229, 231, 232, 236, 239, 250, 252, 257, 266, 270, 271, 272; Reg. Hoffmann der Truppenabt. Gebel; Erjag-Inf.-Reg. Nr. 7 der Brigade Hoffmann und Erjag-Inf.-Reg. Leibsch-Jerener; Inf.-Erjag-Reg. Nr. 4; Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 3, 5, 8, 13, 16, 18, 20, 21, 22, 24, 29, 46, 51, 52, 65, 72, 75, 78, 81, 83, 84, 90, 118; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 7; Feld-Bat. Reifer des Detachementis Plantier; Landwehr-Inf.-Bat. Veruburg; Heberplanmäßige Landwehr-Inf.-Bataillone Nr. 3, 5 und 6 des 4. Armee-Korps; Erjag-Inf.-Bataillone Nr. 20, 22, 28, 43, 55, 80, 86; Landwehr-Bataillone: I. Alfenstein, Bartenstein, I. Deutsch-Lybau, I. und 3. Frankfurt a. O., I. Heidelberg II Königsberg, König, III Laubau, 2. Mannberg, Münsterberg, I. Naustisch, I. Saarlouis und III Tilsit (letztere beiden siehe Reg. Hoffmann); Jäger-Bataillone Nr. 3, 6, 10; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 2, 19, 21, 22; Radfahrer-Komp. der 49. Ref.-Division; Ref.-Radfahrer-Komp. Nr. 78; Maschinengewehr-Abt. Nr. 5; Maschinengewehr-Abt. Gerber; Ref.-Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 2; I. Erjag-Maschinengewehr-Komp. des 15. und 2. Erjag-Maschinengewehr-Komp. des 16. Armee-Korps.
- Dragoner Nr. 14; Husaren Nr. 1, 2, 16; Ref.-Husaren Nr. 1; Ulanen Nr. 8; I. Landsturm-Regiment-Regiment des 1. Armee-Korps.
- Feldart.-Regiment Nr. 14, 26, 38, 50, 52, 53, 56, 62, 72, 78, 79, 82; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 10, 47; Landwehr-Feldart.-Batterie Siebert; I. Landsturm-Feldart.-Batterie des 3. Armee-Korps.
- 1. Garde-Füsilier-Reg.; Füsilier-Regiment Nr. 16, 20; Ref.-Füsilier-Regiment Nr. 2, 8; Landwehr-Füsilier-Bat. Nr. 8.
- Pionier-Regiment Nr. 18, 23, 29; I. Garde-Pionier-Bat.; Pionier-Bataillone: I. Nr. 7, I. und II. Nr. 8, II. Nr. 14, I. Nr. 26, II. Nr. 27; Pionier-Erjag-Bataillone Nr. 7, 21; 2. Landwehr-Pionier-Komp. des 7. Armee-Korps; Minenwerferzug des 14. Armee-Korps.
- Artillerie-Abt. des 8. und 21. Armee-Korps; Panzerzug Nr. 6. Inf.-Munitionskolonnen Nr. 1 des 4. Armee-Korps; (F)Art.-Munitionskolonnen Nr. 4 des 14. Armee-Korps.
- Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 17 des 18. Armee-Korps.
- Führer-Kolonnen Nr. 2 des 3. Armee-Korps.

Ferner wird die Sonder-Verlustliste des Deutschen Heeres (Unermittelte) Nr. 2 veröffentlicht.

## Aus Groß-Berlin. Mehr Rücksicht!

Millionen von Frauen, Kindern und Eltern leben in Furcht und Zittern. Ihre Männer, Väter und Söhne stehen draussen im Felde, täglich, stündlich bedroht vom Tode. Jeder tritt auf der Treppe, jedes Wochen an der Tür macht ihre Herzen erzittern. Eine Trauerbotschaft, die hineingetragen wird in eine Wohnung, sollte mit aller und äußerster Gewissenhaftigkeit geprüft sein, sollte mit aller Rücksicht übermittelt werden.

Dieses geschieht das auch; aber nicht immer. Ein Fall. Die Frau eines Genossen erhält vom Gemeindeamt einen Zettel zugestellt: Sie möge am nächsten Tage, vormittags 9 Uhr mit sämtlichen Papieren ihres verstorbenen Mannes auf dem Amte erscheinen. Daß ihr Mann gefallen sei — sie hatte keine Ahnung davon. Zwei Tage zuvor hatte sie noch einen allerdings von zehn Tagen zurückdatierten Brief von ihm erhalten. Sie liest die Nachricht — vom Amte gekommen, hält sie sie für omtlich — und bricht aufschreiend zusammen. Ihre Kinder drängen sich um sie; sie will ihnen das Fürchtbare noch verhehlen — aber die Kinder, so klein sie sind, verstehen. Ihr Jammer: „Vater, Papi!“ bringt die Mutter wieder zur Besinnung. Sie eilt nach dem Amt. Das Amt ist geschlossen. Sie erhält keine Auskunft.

Ein fürchtbarer Abend, eine fürchtbare Nacht kommt für sie. Spät erst fallen die weinenden Kinder in Schummer. Sie findet keine Ruhe. Wie das Ticken der Uhr tickt es in ihrem Kopfe: Hoffen — Zweifel, Verzweiflung — vielleicht ein Irrtum! Wundersam paßt es sie wie: Der Cashahn — der Cashahn — Ihr kleinster Bub, ihr Hausbad, atmet so ruhig und seine Waden sind so lebensrot. Sie schleudert den tollen Gedanken weit von sich. Für die Kinder leben und arbeiten. Dieses Pflichtbewußtsein erwacht stark, wird beherrschend. Der Wille zum Leben, zur Pflicht löst den letzten Rest finsterner, flackernder Gedanken in ihrer Seele.

Die Nacht verstreicht. Bald sucht sie dessen, weil ihr doch der Tag die fürchtbare Gewißheit bringen wird; bald segnet sie die schlafenden Minuten, weil sie ihre Hoffnung verlängern. Der Tag kommt und findet die junge Frau um Jahre gealtert. Die Kinder erwachen. Die Mutter versteht es, ihrem hoffnungsleeren Herzen noch einige Hoffnung abzupressen und in die Herzen ihrer Kinder zu träufeln. Dann eilt sie zum Amt.

Sie steht im Bureau. Kein Wort bringt sie hervor. Nur ihre Tränen rinnen. Der Beamte ist sehr teilnehmend, sagt einige Trostworte und meint dann: „Es handelt sich um Ihre Pensionsansprüche für Ihren am 14. September gefallenen Mann —.“ Mit einem Tränenritzen bricht ein Jubelschrei aus ihrem Herzen: „Mein Mann ist im August ja schon verstorben worden und kämpft jetzt bereits wieder in Rußland!“ Der Beamte ist verblüfft. Er legt den Brief des früheren Kompagnieführers, der als Totenurkunde gilt, vor. Alles stimmt: Name, Alter, Geburtsort, Regiment und Kompagnie — gefallen am 14. September bei Chibré. Und doch stimmt es nicht. Sie hat ja ihren Mann bis Dezember hier im Orte selbst im Lazarett gehabt, hat seine Briefe aus Rußland in der Tasche. Der Beamte muß sich überzeugen. Er meint: „Na, um so besser. Soffentlich trifft das Wort zu, daß ein Tot-gepogter ein recht langes Leben hat.“

Die Frau nickt stumm. Aber an ihren Schläfen sind seit gestern viele graue Haare und manche neue Fältchen an den Augen. Sie nickt stumm und dann bricht aus ihrem Herzen die große Solidität, die heute die Beladenen im Volke miteinander umfängt: „Die haben sich in der Erkennungsmarke versehen. Ach, das ist ein anderer gefallen. Und seine Frau weiß davon noch nichts und denkt immer noch, er lebt!“ Ein Protokoll wird aufgenommen. Die Frau kann gehen. Dieser Fall trug sich in diesen Tagen zu, kurz vor den Toren von Berlin. Ruhte der Frau das fürchtbare Gespenst in so drohender Nähe gerückt werden, eine ganze Nacht lang sie peinigen und in tieffter Seele erschüttern? Nein. Im

Selbe kann ein Versehen leicht vorkommen. In dem Augenblick aber, wo der Fall in den geregeltten Geschäftsgang hinein- kam, mußte die gewissenhafteste Prüfung Platz greifen. Erst volle Sicherheit — dann das weitere.

Die Nachricht traf auf dem Amte ein. Kein Vorwurf — nur eine Anregung. Wie kalt, wie brutal stehen die Buch- staben da: „Sie werden ersucht, am 13. März, vormittags 9 Uhr, mit sämtlichen Ausweispapieren Ihres gefallenen Mannes im hiesigen Amtszimmer zu erscheinen.“ Aber diese Buchstaben greifen an Herzen, greifen an Leben; sie können die fürchtbarsten Tragödien im Gefolge haben. Ein Votz, der sich unverbündlich nach dem Manne erkundigt, kann sofort einen vorliegenden Irrtum feststellen. Und bestätigt es sich, daß einer aus der Gemeinde gefallen ist — muß der Ueber- mittler einer traurigen Nachricht ein abgestempeltes Stük- chen Papier sein? Hat ein Beamter keine Zeit, so werden sich in jedem Ort Menschen finden, die das allerdings harte und schwere Amt übernehmen, die schlimme Post schonend an die Betroffenen zu übermitteln. Mehr Rücksicht!

Und eine Mahnung noch an die Betroffenen. Nicht ver- zweifeln! Nicht, weil immer eine Hoffnung bleibt; nein, weil immer eine Pflicht bleibt, eine Pflicht auch gegen den Teueren, der fiel, zu leben, sein Gedächtnis und sein Wirken zu erhalten und fruchtbar für die Menschheit zu machen.

### Brot oder Mehl.

Die bisherige Einteilung der Brotarten ließ es bis zum 15. März in Berlin bekanntlich zu, daß jemand für die einzelnen Marken eben soviel Mehl wie Brot erhalten konnte. Die — übrigens wohl ganz verschwindend wenigen — Haushaltungen, in denen selbst Brot gebacken wurde, waren der übergroßen Mehrzahl der anderen gegenüber, welche Brot fertig bezogen, insofern im Vorteil, als dieselbe Gewichtsmenge Mehl, namentlich mit Rücksicht auf den ge- botenen Kartoffelzusatz, ein erheblich größeres Quantum an Brot ergab. Seit dem 15. März dürfen nun für die vier 250 Gramm- Marken der Brotkarte nur je 125 Gramm Mehl verkauft werden. Der Zweck der Mehlerparnis ist löblich. Warum darf aber bei Abgabe der übrigen Marken nicht auch für die Hälfte Mehl gekauft werden? Publika und Verkäufer bliebe so die Unbequemlichkeit erspart, beim Einkauf noch besonders auf die Art der abgetrennten Marken zu achten und die Mehlerparnis wäre bei größeren Einkäufen noch größer. Jetzt spielt sich der Vorgang des Einkaufs doch gewöhnlich so ab, daß die Hausfrau erst eine Karte und dann der Reihe nach die übrigen beim Einkauf benützt. Hat sie nun beim Brotkauf schon aus Un- achtamskeit ihre 250-Gramm-Marken fortgegeben, so kann sie keine Sparsamkeit an unseren Vorräten durch Mehlkauf mehr üben. Das- selbe würde eintreten, wenn die Absicht wahrgemacht wird, in Zu- kaufst den Brotmarken einen besonderen Abchnitt für den Mehl- verkauf anzufügen. Man belasse es dabei: 250 Gramm Brot oder 125 Gramm Mehl, und zwar für alle Abchnitte. Sollte aber die neue Brotkarte dennoch besondere Abchnitte für den Mehlverkauf in beschränkter Zahl enthalten, so muß mit ihrer Herausgabe un- bedingt der Erlaß von Höchstpreisen für das Brot einhergehen. Es geht nicht gut an, das Publikum wehrlos dem Wohlwollen der Bäckermeister zu überantworten.

### Auf der Steuerkasse.

Die Stadt Berlin hat für die Steuererhebung nicht das Bringes, sondern das Holstsystem. Die Steuerbewertung fordert nicht, daß man ihr die Steuern bringt, sondern läßt sie durch den Steuererheber holen. Jeder Steuerpflichtige darf aber auch, wenn Herz und Portemonnaie ihn dazu drängen, dem Steuererheber zutreten und selber seinen Tribut zur Steuerkasse tragen. Bei Steuerpflichtigen, die der Steuererheber besucht, aber nicht antrifft, wird durch Hinterlassung eines Zettels angesetzt, an die Steuer- kasse zu zahlen. Dieser Zettel enthält auch den Hinweis, daß der Steuererheber an zwei bestimmten Tagen der Woche in den Morgen- stunden auf der Steuerkasse antretend sein wird und persönlich die Steuern in Empfang nehmen will. Es ist wünschenswert, daß alle Steuerbringer die festgesetzten Stunden möglichst innehalten, weil das der Steuerkasse und ihren Beamten einige Mehrarbeit (z. B. Aus- fertigung einer Laistung auf besonderem Formular) erspart. Doch steht es jedem frei, die Steuerkasse nötigenfalls auch zu anderer Zeit innerhalb der Kassenstunden aufzusuchen, um seine Steuern zu be- zahlen. Wir meinen, dies öffentlich feststellen zu sollen im Hinblick auf eine Beschwerte, die uns aus dem Bezirk der Steuerkasse IV B (Voedstrasse) zugeht. Dort passierte es vor kurzem einer Krieger- frau, daß ein Beamter ihr Vorkhaltungen machte, weil sie zur Ent- richtung der Steuern ihres Mannes nicht in den auf dem Zettel angegebenen Morgenstunden, sondern erst gegen Mittag kam. Auch den Ton, in dem der Beamte mit ihr verhandelte, empfand die Frau als unangemessen. Wir empfehlen, sich durch solche Erfahrungen nicht beirren zu lassen. Der Beamte hatte zu derartigen Vor- haltungen kein Recht.

**Stadtverordneten-Erjagwahl.** Bei der Erjagwahl für das Berliner Stadtparlament im 16. Bezirk der ersten Abteilung für den verstorbenen Stadtverordneten Louis Sachs (A. L.), die am gestrigen Mittwoch zum zweiten Male stattfand, wurde Architekt Samuel Weile mit 21 Stimmen gewählt. Der Ge- wählte wird sich der Fraktion der Alten Linken anschließen. Auf den Kandidaten der Freien Fraktion, Architekten Georg Bestrich, entfielen 16 Stimmen. Bei der Erjagwahl am 24. Februar hatten beide Bewerber je 16 Stimmen erhalten, so daß eine zweite Wahl erforderlich wurde.

**Todessturz eines Soldaten aus einem fahrenden Zuge.** Bei einem verhängnisvollen Unfall hat ein Soldat auf der Schlesienschen Bahn den Tod gefunden. In der Nähe der Station Jänsenwalde wurde die verfallene Leiche eines älteren Soldaten, wahrscheinlich eines Landwehrmannes, gefunden, der irgend welche Legitimationspapiere nicht bei sich führte. Wie die Ermittlungen ergeben haben, liegt ein Unglücksfall vor. Der Soldat ist während der Fahrt aus einem Zuge gestürzt und in dem Augenblick auf das Nebengleis gefallen, in dem aus entgegengesetzter Richtung ein Schnellzug herangebraust kam. Er wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

### Der Stadtpalast als Konfektierungsraum.

Der Stadtpalast in der Lutherstraße hat infolge des Krieges mit noch größeren finanziellen Schwierigkeiten als früher zu kämpfen. An eine Weiterführung des Betriebes ist jetzt nicht zu denken. Die Anlage ist nun als Kühlraum zur Konfektierung von Fleisch- vordärten an die Stadt Berlin verpachtet worden. Der Stadtpalast, der an dieser Stelle früher betrieben wurde, hat damit ein Ende gefunden.

### Der Selbstmord des Juwelenhändlers.

Eine traurige Diebesgeschichte wurde gestern vor dem Jugend- gericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte entrollt. Vor einiger Zeit meldete der Polizeibericht über den Selbstmord eines hiesigen Juwelen-

händlers. Die Ermittlungen in der Angelegenheit ergaben, daß der Lebensmüde aus ganz bestimmten Gründen den Tod gesucht hatte. Er hatte sich in einer ganzen Reihe von Fällen an schulpflichtigen Mädchen vergangen und bei Entdeckung seiner Schandtaten eine hohe Strafe, die ihn auch zweifellos erreicht hätte, erwartet. Um dem Justizhaus zu entgehen, verübte er Selbstmord. Zu den Opfern des gefährlichen Rinderreißers gehörten auch die beiden vierzehnjährigen Schülerinnen G. und K. Für sie sollte die Sache noch von besonderer Tragik sein. Der Juwelier hatte die beiden Kinder ebenfalls in sein Geschäft gelockt und sie dort zu unbilligen Handlungen verleitet. Er versprach ihnen auch goldene Ringe, hielt aber nicht sein Versprechen, sondern bestellte die Mädchen öfter, wobei er ihnen jedesmal wieder die Ringe versprach. Die Kinder glaubten sich nun dazu berechtigt, wenn sie einfach selbst das nähmen, was ihnen versprochen worden war. So eignete sich die eine ein silbernes Armband, die andere ein kleines vergoldetes Schweinchen an. Und trotz seines Schuldbewußtseins wagte er der Juwelenhändler, die beiden Mädchen dem Strafgericht zu überantworten. Für ihn sollte die Sache dann selbst kritisch werden, weil jetzt alles ans Tageslicht kam; er hatte sich also sein Grab selbst gegraben. Gestern fanden die beiden Mädchen wegen Diebstahls vor dem Jugendgericht. Die Verhandlung bot ein selten trauriges Bild. Sie endete mit der Verurteilung der jugendlichen Sünder zu je einem Verweil.

### Autos werden nicht mehr zugelassen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Polizeipräsident v. Jagow wird über die weitere Zu- lassung von Kraftfahrzeugen persönliche Vorstellungen, da zwecklos, nicht mehr entgegennehmen.

### Brotsurrogate.

Aus dem Rathaus wird mitgeteilt: Der Magistrat macht wiederholt darauf aufmerksam, daß die fortwährenden Versuche, Surrogate an Stelle des auf Brotkarte erhältlichen Brots in den Verkehr zu bringen, geeignet sein können, das gegenwärtige Kontroll- system zu verwirren, ohne auf der anderen Seite eine Ersparnis zu bringen. Denn die Stoffe, welche zu diesen Surrogaten verwendet werden, sind fast sämtlich der gleichen Schonung be- dürftig wie Roggen- und Weizenmehl. Namentlich beginnt es geradezu bedenklich zu werden, daß die Kartoffel überall da herangezogen wird, wo man dem Genußen den Geschmack des Brotes und Knusens vortauschen möchte. Die Kartoffel verlangt, wie sich doch längst ergeben hat und wie dies immer deutlicher bemerkbar wird, viellecht mehr Sparsamkeit als das Mehl. Und nachdem für Mehl und Brot jetzt eine zufriedenstellende Ver- brauchsregelung durchgeführt ist, werden die Bestrebungen der nächsten Wochen unbedingt dahin gerichtet sein müssen, für die Kartoffel einen ähnlichen Erfolg zu erzielen.

Die neuen Fahrplänebestimmungen der Straßenbahn sind in den Wagen der betreffenden Linien auf roten Zetteln kennt- lich gemacht.

Aus dem Fenster auf den Hof gekürzt ist am Dienstag die Gattin des verstorbenen Stadtverordneten Professor Dr. Glagel in der Dorotheenstraße. Sie zog sich mehrere Weindrüsen, Rippenfell- verletzungen und Kopfverletzungen zu und wurde in einem Krankenwagen in hoffnungslosem Zustande nach der Charité gebracht. Frau Glagel ist in letzter Zeit schwer heimgekehrt worden. Erst verlor sie ihren Sohn, der auf dem westlichen Kriegsschauplatz fiel, dann starb im Januar ihr Vater.

Eine „Festwoche“ in Kriegszeit ist von einer Seite an- geregt worden. Das Rote Kreuz von Berlin ersucht uns mit- zuteilen, daß es eine Beteiligung an dieser Veranstaltung ab- gelehnt habe, weil es in der heutigen Zeit solche Veranstal- tungen für ungeeignet erachtet.

Das Opfer einer Kohlenoxydvergiftung wurde der 51 Jahre alte Arbeiter Karl Weigel aus der Alexandrinenstraße 17, während seine Frau noch mit dem Leben davon kam. Bevor die Leute sich am Montagabend zur Ruhe legten, schüttelten sie in den eisernen Ofen im Schlafzimmer noch Holz nach, damit es die Nacht über warm bleibe. Zu früh schliefen sie die Abzugslappe, so entwickelte sich Kohlendunst, der nach und nach das Zimmer füllte, ohne daß die Schlafenden etwas merkten. Als das Ehepaar am nächsten Tag nicht zum Borschein kam, wurde abends die Wohnung geöffnet. Man fand beide Eheleute betäubt in den Betten liegend. Im Kranken- haus in der Gitschiner Straße gelang es den Ärzten, die Frau zu retten, während Wiederbelebungsbemühungen bei dem Mann erfolglos blieben.

### Die Durchfahrt am Brandenburger Tor.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Ueber die Fahrbenutzung der beiderseitigen Durchfahrten des Brandenburger Tors herrscht im Publikum vielfach Unklarheit. Auch hier aber gilt einfach der Grundsat des Rechtsfahrers. Also: rechts Durchfahren, falls frei, sonst links daneben; das Ziel ist gleichgültig.

**Dachstuhlbrand.** Am Mittwoch früh um 5 Uhr stand der Dach- stuhl des Vorderhauses Siemensstraße 17 in Moabit in halber An- dehnung in Flammen. Diese hatten so weiche Nahrung gefunden, daß die Berliner Feuerwehr mit drei Schlauchleitungen über eine mechanische Leiter und die Treppe sowie vom Nachbargrundstück angreifen mußte. Es dauerte längere Zeit, um das Feuer zu be- wältigen.

**Kleine Nachrichten.** Von einem Straßenbahnwagen überfahren und schwer verletzt wurde am Dienstagabend um 8 Uhr ein un- bekannter Mann vor dem Grundstück Köpenicker Str. 29. Man brachte ihn nach dem Krankenhaus Bethanien, wo er noch schwer darniederliegt. Der Verunglückte ist etwa 70 Jahre alt, mittelgroß, und trug einen braunen Lederzieher, eine schwarze Wolljade, schwarze Weste und eine schwarze Schirmmütze und Golschuhe. — Auf der Arbeitsstelle vom Tode übertraf wurde Dienstagmorgen der 33 Jahre alte Maschinenarbeiter Max Treu aus der Hochowstr. 15, der bei der Blockstation-Besellschaft beschäftigt war. Er wurde in einem Hofkeller neben den Heizungsanlagen tot aufgefunden. Nach dem Gutachten eines Arztes ist er einem Herzschlage erlegen. — Von einem Einbrecher mit dem Revolver bedroht wurde eine Frau in der Choriner Straße 50. Infolge eines Geräusches an der Korridortür öffnete die Frau und sah sich plötzlich zwei Männern gegenüber, von denen einer sofort einen Revolver auf sie anlegte. Die Frau schlug sofort die Tür zu und verständigte andere Mit- bewohner, welche die Verfolgung der Einbrecher aufnahmen. Es gelang einen derselben, einen schon oft vorbestraften Einbrecher, zu fassen.

**Arbeiterbildungsschule.** Wegen einer Erkrankung des Genossen Dr. Lenka muß der Vortrag in seinem Kaufs heute, Donnerstag, ausfallen. Die Fortsetzung der Vorträge wird im „Vorwärts“ be- kannt gegeben.

„Der wahre Jacob“ gelangt morgen (Freitag) in die Hände der Abonnenten. Für Wiederverkäufer beginnt die Ausgabe bereits in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag um 1 Uhr morgens.

Der Kriegsfreiwillige Landsturmmann Paul Gesech aus Schön- berg, 43. Infanterie-Regiment, Erjag-Bataillon, I. Kompagnie, Antwerpen, welcher bei der Schlacht bei Cambinnen am 20. August 1914 angeblich verwundet wurde, ist verstorben. Es wird herzlich gebeten, irgend welche An- gaben, welche zur Ermittlung seines Verbleibens dienlich wären, an P. Gesech u. Co., Kaufhaus, Berliner Str. 51/53, zu richten.

# Berichtszeitung.

## Feldpostdiele vor dem Reichsgericht.

Zwei Jahre sechs Monate Gefängnis für einen unter-schlagenen Feldpostbrief mit fünf Zigarren Inhalt. Wegen Unter-schlagung im Amte und unbefugten Öffnens eines Briefes (Vergehen gegen § 354 Strafgesetzbuch) hat das Landgericht Berlin I am 19. Dezember den Postausstatter Erich Mathes zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Der Angeklagte war bereits seit dem 4. November 1912 bei dem Kaiserl. Postamt NW. 87 in Berlin als Postausstatter tätig. An jenem Tage wurde er mit den ihm obliegenden Dienstverrichtungen bekannt gemacht und durch Handschlag zur gewissenhaften Beachtung des Brief- und Telegrammgeheimnisses sowie zur treuen Erfüllung durch Handschlag verpflichtet. Die ihm obliegende Tätigkeit bestand in der Bestellung von Telegrammen und dem Entleeren der Briefkästen. Während er zunächst nur ausbilsweise beschäftigt wurde, konnte er wegen des nach dem Kriegsausbruch eingetretenen Mangels an Personal vom 22. August ab dauernd und regelmäßig beschäftigt werden. Am 7. Oktober v. J. nun hatte er aus dem Inhalt eines von ihm entleerten Briefkastens, den er nach dem Postamt NW. 87 zu befördern hatte, sich einen Feldpostbrief angeeignet, geöffnet und den Inhalt, nämlich fünf Zigarren, sich in seine Tasche gesteckt. Das Gericht hat in dem Tun des Angeklagten einmal eine Unterschlagung im Amte und zum anderen ein Amtsvergehen im Sinne des § 354 erklart, indem es sagt, der Angeklagte sei Beamter im Sinne des Gesetzes gewesen. Wegen dieser Auffassung, daß er Beamter gewesen sei, kämpfte der Angeklagte in seiner Revision an. Das Reichsgericht hielt diese in Übereinstimmung mit den Ausführungen des Reichsanwaltes für begründet, die etwa folgende waren: Die allgemeine Dienstweisung für Post- und Telephonbeamte sagt in Nr. 11, daß Postausstatter, die nur vorübergehend beschäftigt werden, keine Beamte im Sinne des St.-G.-B. sind. Auch der Angeklagte sei am 4. November 1912 ausbilsweise angestellt, damals nur durch Handschlag zur gewissenhaften Pflichterfüllung und Haltung des Dienstgeheimnisses verpflichtet und nur vorübergehend beschäftigt worden. Hiernach fehle dem Angeklagten die Beamteneigenschaft. Nun könnten allerdings auch derartige Aussteller auch dadurch zu Beamten werden, wenn ihnen öffentlich rechtliche Funktionen übertragen werden, d. h. wenn sie wirklich und tatsächlich zur Ausübung amtlicher Funktionen berufen werden. Nach dieser Richtung hin fehle es aber in vorliegendem Falle an den nötigen und klaren Feststellungen. Das Reichsgericht hob am Dienstag das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück.

## Forscher von Diesseits und Jenseits.

Von Spiritismus, Medien, Trancezustand, Heilmagnetismus und anderen schönen Dingen wurde gestern bei der Verhandlung einer Privatklage manches Erbauliche erzählt.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg stand ein Unter-beamter Neumann als Kläger einer Kriminalbeamtenfrau Panazliewich gegenüber. Die Strafsache hatte großes Interesse bei den Anhängern des „Heilmagnetiseurs“ Weihenberg erregt, so daß sie den Zuhörerraum des Gerichtszimmers dicht füllten. Herr Weihenberg, der früher Maurergeselle war, macht jetzt als Heilmagnetiseur in der Gleimstraße glänzende Geschäfte und wird nebenbei von seiner Gemeinde, die sich „Vereinigung ernster Forscher von Diesseits und Jenseits“ nennt, als Prophet verehrt. Wie der Rechtsanwalt Maruse als Vertreter des Angeklagten behauptete, bekommt Herr W. täglich Besuche von etwa 100 Patienten, zu deren Abfertigung ihm drei Mädchen, die von ihm bezahlt werden, hilfreich zur Seite stehen. Er soll, wie ferner behauptet wurde, bei seinen Anhängern in dem Maße stehen, daß er vom heiligen Geiste erleuchtet werde und durch Bestreichen der Glied-mäßen seiner Patienten allerlei Krankheiten, selbst Arm- und Bein-brüche heilen könne. Der jetzige Kläger hat sich vor Jahresfrist verheiratet; seine Frau ist zwei Jahre hindurch bei W. als Hilfskraft angestellt gewesen und hat, wie sie gestern auf Verfragen bestätigte, auch ihrerseits in mehreren Fällen Arm- und Beinbrüche durch Bestreichen des Körpers geheilt. Sie scheint bei den spiritistischen Sitzungen, die bei W. abgehalten wurden, auch ein verwendbares Medium gewesen zu sein, denn sie bestätigte dem Vor-sitzenden auf seinen Vorhalt, daß einmal in Trancezustand aus ihr die König in Ruise gesprochen habe, wobei der Vorsitzende hinzusetzte, daß dies „im schönsten Berliner Dialekt“ geschehen sei. Auch Leo XIII. soll einmal in einer solchen Sitzung erschienen sein und mit lateinischen Worten um sich geworfen haben. Die jetzige Angeklagte Frau P. gehörte früher auch zu den Anhängern des Herrn Weihenberg, ist dann aber sein Gegner geworden und hat sich dazu hinreißend lassen, im Jörn Beleidigungen gegen den Privatkläger Neumann und seine Ehefrau auszusprechen. So soll sie den Ehemann einen „dummen, grünen Jungen“ genannt und von der Frau gesagt haben: „Die bildet sich ein, Kranke heilen zu können! Das ist ja alles Schwindel! Früher hat sie kein Hemde auf dem Leibe gehabt und jetzt hat sie eine schön eingerichtete Wohnung — das bezahlt alles Weihenberg!“ Diese Beleidigungen sollen teils gelegentlich einer Gerichtsverhandlung, teils auf offener Straße gefallen sein. Die Angeklagte bestreitet höchst entsetzt diese Beschuldigungen, ihr traten aber mehrere Personen aus der Weihenberger Gemeinde als Zeugen gegenüber, so daß Rechts-anwalt Cohn gegen sie eine empfindliche Strafe beantragte. Der Vertreter der Angeklagten war dagegen der Meinung, daß man Belastungszugungen, die mit Geistern operieren und die als Medien von den verschiedensten Geistern in Besitz genommen werden, nicht unbedingt folgen könne. Das Gericht hielt eine Geldstrafe von 10 M. für eine ausreichende Sühne, doch scheint die Gegenpartei davon nicht sehr befreit zu sein, denn man hörte bei Schluß der Verhandlung mehrfach mit besonderem Nachdruck das Wort: „Die Sache geht noch weiter!“

## Aus Industrie und Handel.

### Ludwig Löwe u. Co. A.-G.

Der Jahresbericht der Ludwig Löwe u. Co. A.-G. liegt nunmehr vor. Der Abschluß ist noch günstiger, als er in der Gewinn- und Verlustrechnung zum Ausdruck kommt, wenn berücksichtigt wird, daß die Gesellschaft bereits vor Feststellung des Bruttogewinnes eine Rückstellung von einer Million Mark auf Fabrikneubaukonto vorgenommen hat. Im einzelnen bietet der Abschluß im Vergleich mit dem Vorjahr folgendes Bild:

	1914	1913
	M.	M.
Gewinn aus Fabrikation u. Beteiligung	5 049 100	4 570 744
Mieten	223 022	192 834
Zinsen	97 006	128 725
	5 070 028	4 892 303
Unkosten	592 747	649 076
Zinsen	521 488	529 507
Abschreibungen	2 039 675	2 074 494
Ueberschuß	2 816 109	1 632 825
Vortrag	89 516	86 175
Reingewinn	2 905 625	1 719 000
Dividende	2 250 000	1 850 000
Prozent	30	18

Außer der Dividendensteigerung von 18 auf 30 Proz. fällt den Aktionären ein Extragewinn dadurch zu, daß die Gesellschaft ihr Aktienkapital von 7,5 auf 10 Millionen Mark erhöht, wo-

bei die Aktionäre auf je drei alte Aktien eine neue Aktie zum Kurse von 107 Proz. erhalten. Tatsächlich ist der Kurs aber um ein Vielfaches höher, so daß der niedrige Kursausweis ein Geschenk an die Aktionäre darstellt. Wir entnehmen dem Geschäftsbericht folgende Ausführungen: Wir hatten schon im letzten Geschäftsbericht auf eine Abnahme der Bestellungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1913 hingewiesen. Dieser Rückgang unserer Aufträge wurde aber in den ersten sieben Monaten des Jahres 1914 noch stärker fühlbar und veranlaßte uns, die schon im Vorjahre begonnene Auffüllung unserer Lager mit gängigen Werkzeugmaschinen und Werkzeugen kräftig durchzuführen. So kam es, daß wir nach Kriegsbeginn dem stürmisch einsetzenden Begehren nach Werkzeugmaschinen und Werkzeugen zur Herstellung von Kriegsbedarf aller Art gut gerüstet gegenüberstanden und ihn teils unmittelbar vom Lager, teils mit kurzen Lieferfristen befriedigen konnten. Wir haben daher den bis Anfang August eingetretenen Rückgang des Umsatzes in unseren üblichen Erzeugnissen nicht nur einholen, sondern am Jahreschluß noch eine Vermehrung gegen die besten Vorjahre feststellen können. Unser Ergebnis wurde ferner noch durch eigentliche Kriegslieferungen günstig beeinflusst. Allerdings trifft dies nur für die letzten Monate des verfloffenen Jahres zu, während erst das Jahr 1915 wesentlich unter dem Zeichen des eigentlichen Heeresbedarfes stehen wird. . . . Wir haben es für notwendig erachtet, eine Vaureserve in Höhe von einer Million Mark zu stellen, da einerseits die Neubauten unter den heutigen Verhältnissen höhere Gestehungskosten, als angenommen, aufweisen werden, und andererseits durch die nach Fertigstellung notwendig werdenden Umzüge und Umordnungen des Maschinenparks erhebliche Kosten zu erwarten sind. Die Zugänge auf Betriebs- und Fabrikationsmaschinen hatten sich in den üblichen Grenzen und sind ebenso wie die auf Metalle, Fabrikationswerkzeuge und Utensilien auf je 1 Mark abgeschrieben worden.

Die Ilse Bergbau-A.-G. zahlt wie im Vorjahre 26 Prozent Dividende. Der Reingewinn der Gesellschaft ist trotz vermehrter Abschreibungen von 3,3 auf 3,6 Millionen Mark gestiegen. Die während des Krieges vollkommene Preiserhöhung für Hausbrand- und Industriebriketts war also unbegründet; denn in Kriegsjahren hätten sich auch die Aktionäre mit einem etwas geringeren Gewinn begnügen können. Trotzdem die Gesellschaft aber mit einem „zufriedenstellenden“ Ergebnis auch für das kommende Geschäftsjahr rechnet, hat sie sich bei Vollziehung der Neuabschlüsse das Recht vorbehalten, eine weitere Erhöhung der Preise bis zu 1,50 M. pro Tonne eintreten zu lassen. Also trotz 26 Proz. Dividende nochmals Preiserhöhung und neue Belastung der Konjumenten!

Absatz des Kaliumnitrat. Während im Monat Dezember 1914 der Absatz wieder auf die Höhe des Dezembers 1913 gebracht werden konnte, ist er in den Monaten Januar und Februar d. J., die u. a. unter dem Einfluß des Ausfuhrverbotes standen, von 42 Millionen auf 26 Millionen Mark, also um 23 Millionen Mark zurückgegangen.

## Petroleumquellen in Argentinien.

Ueber Petroleumvorkommen bei Bahia Blanca wird dem „Barcelonaer Correo Catalan“ aus Buenos Aires gemeldet, daß das kürzlich in der Umgegend von Bahia Blanca entdeckte Petroleum sich bei näherer Prüfung als Del bester Qualität erwiesen hat. Die Entdeckung ist um so wertvoller, als die Felder in der Nähe der großen Bevölkerungszentren gelegen sind. Argentinien eröffnet sich damit neue, glänzende Aussichten, denn die Entdeckung wird zweifellos viel zu seiner industriellen Förderung beitragen.

## Aus aller Welt.

### Erneutes Hochwasser.

Nachdem in den letzten Tagen der vergangenen Woche das Hochwasser in Leipzig bedeutend zurückgegangen war, ist seit Sonntag wieder ein Steigen der Fluten zu beobachten. Elster, Pleiße und Parthe führen wieder große Wassermassen herbei, die die von den Flußläufen durchzogenen Niederungen erneut weitläufig überfluteten. Die Lindenauer Wiesen bilden bereits wieder einen einzigen großen See. Im Süden vor der Stadt hat die Pleiße weite Flächen überflutet. Ebenso ist der hintere Teil des Rosentals wieder vollständig überflutet, und hinter dem Walde, nach Wöckern und Wahren zu, schneit der Blick über eine einzige große Wasserfläche. Nach Meldungen aus den Gebieten der oberen Flußläufe ist vorläufig noch mit einem weiteren langsamen Steigen des Wassers zu rechnen.

Auch im Elsaß ist infolge der schweren Schneefälle der letzten Woche und der ihnen folgenden Temperaturerhöhung wieder große Wassermassen eingetreten. Bäche und Flüsse sind über die Ufer getreten, und das Hochwasser steht höher als bei den Ueberschwemmungen vor etlichen Tagen. Die Wassermassen machen sich aber weniger im oberen Laufe der Ill und der Varg bemerkbar, sondern hauptsächlich in der Gegend nördlich von Mühlhausen. Die aus den Vogesen kommenden zahlreichen Flüsse und Bäche sind reichende Ströme geworden und bringen gewaltige Wassermassen in die parallel mit dem Rhein gegen Norden fließende Ill. Die Folge war eine plötzliche Steigung des Rheines um 1 1/2 Meter an einem einzigen Tage.

## Großfeuer in einer Flanellweberei.

Die Hellerische Flanellweberei in Guben ist am Dienstag bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Der Betrieb arbeitete mit 10 Selbstloren = 3920 Spindeln, 5 Sähen Krempel und 2 Reihwäfen, an welchen 28 Personen beschäftigt wurden. Der Maschinen- und auch Materialschaden ist bedeutend.

## Schillen-Weisagung.

Wie unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, berichtet, erscheint im dortigen Verlage von Joh. Wötter, Urjallkosten 12, eine Doppelpostkarte, wie folgt bedruckt:

Schillen-Weisagung.  
(Uebersetzung aus dem Hebräischen. Rom 1701.)

Europa wird zu einer Zeit, da der päpstliche Stuhl eine Zeitlang leer stehen wird, von furchtbaren Nüchternungen heimgegriffen werden. Ein starker Monarch wird aus der Mitte kommen. Gegen diesen Monarchen kommt ein Wall von Feinden, die ihn von allen Seiten bedrängen wollen. Wenn die Niedertracht der Feinde ihren Höhepunkt erreicht haben wird, legt sich die Allmacht Gottes ins Werk und wird diesen Herrscher von Sieg zu Sieg führen. Der Wahlspruch dieses Kaisers wird heißen: Mit Gott voran. Er trägt auf der Brust ein Kreuz. Dies alles wird geschehen, wenn die Vergnügungslust, Sitten- und Religionslosigkeit ihren Höhepunkt erreicht hat. Es ist dies eine Strafe Gottes, zugleich aber auch eine Warnung, damit unzählige Tausende zur Religion zurückkehren werden. Es ist ein Ringen vorgehen in Westfalen; sollte dies stattfinden, so würde nur ein kleiner Haufen des deutschen Heeres überleben. Voraus-sichtlich findet dieses Werden aber nicht statt, wenn das Volk zur Religion zurückkehrt. Wohl wird der ganze Niederrhein leben und

heilen, aber verödet bleiben. Das Haus Oesterreich wird der Feind vernichten wollen, aber es wird nicht untergehen, sondern glänzend bestehen bis zum Ende der Zeiten. Es wird der Krieg, der losbrechen wird, ein furchtbarer sein, kein Erdreich wird sein, das nicht in Mitleidenschaft gezogen wird, aber der starke Monarch aus der Mitte wird so geschickter Krieg zu führen wissen, daß keine Macht widerstehen kann. Mit großer Strenge wird er veraltete Mißbräuche, häßliche Tänze und läppige Kleidertracht abschaffen, überall wird er im Staate Ordnung und der Kirche und den Völkern den Frieden bringen. In der Nähe eines Dorfes steht ein Kreuz, dort wird der Kaiser vor der Entscheidungsbilch mit ausgebreiteten Armen niederfallen. Wehe Lemberg und Soldner an diesem Tage. Scharfliche Schlachten werden unten am Dache, der von Osten nach Westen fließt, geschlagen. Der Starke wird mit den Völkern des Siebengebirns siegreich aus den Schlachten hervorgehen und an der Kapelle eine Rede halten. Frankreich wird nur noch ein Bild der Verwüstung sein. England wird mit seinem König auf die tiefste Stufe des Glends kommen. Eine übergroße Sterblichkeit wird dieser verheerende Völkerkrieg mit sich bringen. Ein großes Land wird von Seuchen und Hungersnot heimgegriffen werden, das andre total verarmen. Die Türken werden treue Brüder des Monarchen werden. Sobald England geschlagen, wird der Friede eintreten. Es wird eine merkwürdlich große Veränderung in den Staaten und eine Erneuerung der Kirche eintreten. Nach dem Kriege werden nur noch drei Großmächte sein: Der Papst, Oesterreich und Deutschland. Es wird alsdann eine goldene Zeit kommen und das Volk wird zu edlen Sitten herankommen. Der Krieg wird durch Nord von Fürsten veranlaßt. Nord und Megeleien werden vielfach stattfinden. Losbrechen wird der Krieg zur Zeit der Ernte; die bessere Zeit wird eintreffen zur Zeit der Kirchblüte.

Dieser Schwindel wird in zahlreichen Kölner Geschäften verkauft und findet reichenden Absatz. Die Armen im Geiste werden eben nicht alle; aber man sollte sie zu schätzen wissen, zumal solche „Weis-sagungen“ in manchen Köpfen schlimme Verherrungen anrichten.

Wegen Notzucht und Mordes hatte sich vor dem Schwurgericht zu Budaun i. S. der 37 Jahre alte Handarbeiter Diehe aus Meusel-witz zu verantworten. Am 20. Juli v. J. hatte das achtjährige Töchterchen Klara Erna des Gutsbesizers Emil Landmann in Grobs-dorf bei Ronneburg ihre im dortigen Krankenhaus schwer krank daniederliegende Mutter besucht und gegen 5 Uhr nachmittags den Heimweg angetreten. Das Mädchen kehrte aber nicht heim. Man fand bei der Suche in einem Haferfelde in der Nähe des Weges die schrecklich zugerichtete Leiche des unglücklichen Kindes. Als Täter wurde Diehe ermittelt und festgenommen. Die Geschworenen be-jahnten sämtliche Schuldfragen, worauf das Gericht den Angeklagten wegen Notzucht und Mordes zum Tode verurteilte.

## Parteiveranstaltungen.

Zettow. Donnerstag, den 18. März: Mitgliederversammlung. Wichtigste Tagesordnung.

## Jugendveranstaltungen.

Reinickendorf-Ort. Sonntag, 21. März, Besuch des Kaiser-Friedrich-Museums. Treffpunkt mittags 1 Uhr an der Ecke der Schwedens- und Gergertstraße. — Dienstag, 23. März, abends 8 Uhr: 1. Vortrag des Genossen Schütte: Das Zeitalter der großen französischen Revolution.

## Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Vorkwalle - Wittenau. Freitag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Rathhaus.  
Adlershof. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gemeindeamt, Bismarckstraße 1. Beratung des Orts.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist be-rechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende 3. 17. Hof-reiß, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Schluß und eine Post als Belegzettel beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

- §. 2. 31. Der Verlag befindet sich in Schöneberg, Königsberg 6.
- §. 2. 32. Das ist eine hier und da auftretende Art der Hühner, gegen die uns ein Mittel leider nicht bekannt ist. Ein Nachtrag auf dem Gebiete der Geflügelzucht könnte Ihnen vielleicht Auskunft geben.
- §. 2. 294. Neues Institut wird allgemein als gut anerkannt.
- §. 2. 2. Ist von dem jeweiligen Vorgesetzten abhängig.
- §. 2. 200. Ist und leider nicht in Erinnerung.
- §. 2. 61. Politische Vereine für Ausländer gibt es hier nicht.
- §. 2. 29. Das beim Einkauf von Wehl der doppelte Gewichtsbeitrag an Marken von der Brot-fabrik entnommen wird, entspricht der neueren Verordnung, welche am 15. d. Mts. in Kraft getreten. Wir haben in unserem Werke schon wieder-holt darauf hingewiesen.
- §. 13. Ist im August 1892 zum Ausdruck gekommen.
- §. 2. 21. Ist möglich, hängt aber von den jeweiligen Besitzumständen ab.
- §. 2. 10. Ein solches Anerbieten ist uns nicht bekannt.
- Parteiengasse 1887. 1. Ja, nach einjähriger Mitgliedschaft 50 Mark. 2. und 3. Bei der Zentralkommission der Krankenkasen, Alexanderstraße 39-40, erhalten Sie hierüber die höchste Auskunft.
- Gardefrisse. Die Einberufung zum Decretariat würde als sofortige Lösung des Vertrages angesehen sein. Der Ringelmal muß dann aber die Kündigung extra ausprechen, tut er das nicht, so könnte er für sechs Wochen Gehalt in Anspruch genommen werden.
- §. 2. 99. Die Brot-marken sind in dem Fall auch in einer anderen Stadt gültig.
- §. 3. 100. Nein.
- §. 25. Wenn eine Aufforderung an Sie ergeht, müssen Sie dieser Folge leisten.
- §. 16. Dienstunfähig.
- §. 2. 100. Wegen allgemeiner Körperschwäche zurückgestellt.
- §. 2. 100. An das Bezirkskommando.
- §. 2. 100. Wegen Unterleibsbrüche landunfähig.
- §. 2. 100. Sie haben keinen Anspruch auf die zehn Mark wöchentlich. Die Unterstützung kann Ihnen in dem Fall nicht entzogen werden.
- §. 2. 60. Wegen schlechter Nahrung landunfähig.
- Aus Ihrem Schriftstück läßt sich vermuten, daß der Anspruch bereits verjährt ist, die Mutter soll aber einen Antrag beim Versicherungsamt stellen.
- §. 2. 33. 1. Einen solchen Antrag kann nur Ihr Mann stellen. 2. Sie können die Vormundschaft übernehmen.
- §. 2. 57. Sie sind wegen Unterleibsbrüche landunfähig, also noch dienstfähig, und müssen sich deshalb melden.
- §. 2. 58. Soweit sich das von Ihnen angegebene Zeichen entziffern läßt, wird es „zurückgestellt“ heißen.
- §. 2. Wegen chronischer Erkrankung der Unterleibsorgane sind Sie dienstuntauglich. Einer Bestellungsbefehl aber müßten Sie Folge leisten.
- §. 2. 53. Wegen Krankheit der Ohren zurückgestellt.
- §. 2. 45. Bis 10 Uhr abends.
- §. 2. 116. Wegen Herzkrankheit zurückgestellt.
- §. 2. 10. Krampfadern geringen Grades, dienstfähig.
- §. 2. Der Paragraph des Arbeitsvertrages behält auch jetzt seine Wirksamkeit.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Vorwiegend trübe und neblig und öfter wiederholten im Südwesten meist geringen, in den anderen Gegenden etwas härteren Regen-, Schne- oder Graupelregen; dazwischen zeitweilige Aufhellung des Heliens; Temperaturen um den Gefrierpunkt schwankend.

Singakademie, Sonntag, 21. März, 8 Uhr: Öffentlicher Vortrag  
**Wolfgang HEINE** M. d. R.  
über den Inneren Frieden.  
Karton 1, 2, 3 Mark Bote & Bock, Wertheim. 22/6  
Singakademie, Sonntag, 21. März, 8 Uhr: Öffentlicher Vortrag  
**Wolfgang HEINE** M. d. R.  
über den Inneren Frieden.  
Karton 1, 2, 3 Mark Bote & Bock, Wertheim. 22/6  
Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.